

Wien, am Montag, den 1. Oktober 1928

.....  
Vollversammlung der Wiener Arbeiterkammer. Heute tagte im Wiener Gemeinderatssitzungssaale die Wiener Kammer für Arbeiter und Angestellte. Der erste Sekretär Dr. Palla erstattete den Geschäftsbericht über die letzten zwei Monate. In dem Bericht wird vor allem mit grosser Befriedigung festgestellt, dass in der öffentlichen Diskussion über die Frage des Mieterschutzes die von der Kammer <sup>seit</sup> jeher in den Vordergrund gestellte Förderung der Wohnbautätigkeit immer mehr Bedeutung gewinnt. Der Gesetzentwurf über die Abgabenteilung erscheint in der gegenwärtigen Fassung unannehmbar, weil er der Gemeinde Wien die Erfüllung ihrer Aufgaben auf den Gebieten des Wohnbaues und der sozialen Fürsorge unmöglich zu machen sucht, ohne dass die Städte und Industriegemeinden in stand gesetzt werden auf diesen Gebieten für die arbeitende Bevölkerung etwas zu leisten. Der Geschäftsbericht beschäftigte sich schliesslich neben wichtigen sozialpolitischen Fragen auch mit dem Kartellwesen im Zusammenhang mit der Zollpolitik und den Handelsvertragsverhandlungen und erklärt eine gesetzliche Regelung des Kartellwesens für dringend notwendig. Am Schlusse seiner Ausführungen kam Sekretär Dr. Palla auch auf den 7. Oktober zu sprechen. Er kennzeichnete die Einberufung der Heimwehrtagung gerade nach Wiener Neustadt als schwere Herausforderung der Arbeiterschaft dieses Industriegebietes. Es wäre Pflicht der Regierung gewesen, diese Tagung ebenso zu verbieten, wie sie in vielen andern Fällen Tagungen von Selbstschutzorganisationen der Arbeiterschaft verboten hat, deren Abhaltung nach ihrer Auffassung eine Störung der Ruhe befürchten liess. Diese Unterlassung und das ganz unverständliche einseitige Verbot des Arbeitertages offenbaren die partielle Einstellung der Regierung und ihren mangelnden Willen zur Wahrung und Förderung des inneren Friedens. Die Regierung trifft die volle Verantwortung für die weiteren Ereignisse. Endlich wurde der Vorschlag für das Jahr 1929, der ein Gesamtbudget von 1,692.000 Schilling vorsieht, nach kurzer Debatte genehmigt.

.....  
Die Bibliophilen im Wiener Rathaus. Einer Einladung des Bürgermeisters folgend, besuchten am Samstag abends die Teilnehmer an der Tagung der Bibliophilen das Wiener Rathaus. In Vertretung des Bürgermeisters Seitz, der an der Achthundertjahrfeier der Stadt Graz teilnahm, begrüsst Vizebürgermeister Emmerling die zahlreich erschienenen Gäste, die sich im Stadtensatzungssaal eingefunden hatten. Er verwies auf die hohe kulturelle Bedeutung, die der Bibliophilentagung zukommt. Die Gemeinde Wien ist stolz auf diese Tagung, die eine so grosse Zahl von hervorragenden Männern und Frauen des Schrifttums in ihren Mauern zu ernster und fruchtbringender Arbeit vereint. Dass der Kongress in Wien tagt, ist ein neuer Beweis für die besondere kulturelle Stellung der Stadt. Mit der Bitte, die Gäste mögen von Wien die günstigsten Eindrücke mitnehmen, schloss Vizebürgermeister Emmerling unter lebhaften Beifall. Für die Kongressmitglieder entbot Präsident Fedor von Zobeltitz der Stadtverwaltung den herzlichsten Dank für die lebenswürdige Gastfreundschaft. Im grossen Festsaal veranstaltete dann der Deutsche Volksgesangsverein zu Ehren der Gäste einen musikalischen Volkskunstabend. Dr. Georg Kotek sprach einleitende und begleitende Worte. Der kleine Chor unter der Leitung des Chorleiters Josef Ruhm, die Volksspielmusik und die Volkstanzgruppe des Vereines unter Führung von Raimund Zoder ernteten für ihre ausgezeichneten Darbietungen verdienten Beifall.

.....  
Russische und griechische Gäste in Wien. Seit einigen Tagen weilt der Funktionär des obersten russischen <sup>Dr. Markoff,</sup> Wirtschaftsrates in Wien. Auf seinen Wunsch besichtigte er am Samstag eine Reihe von städtischen Wohnbauten und Siedlungen, sowie die wichtigsten kommunalen Fürsorgeeinrichtungen. An der Besichtigung beteiligte sich auch der frühere griechische Minister Charitakis, Professor an der Handelshochschule Athen.

Wien, am Dienstag, den 2. Oktober 1928

-----  
Jubilare der Ehe. Vergangenen Samstag überreichte in Vertretung des Bürgermeisters amtsführender Stadtrat Julius Linder dem Ehepaar Alois und Pauline Wotawa anlässlich seiner goldenen Hochzeit die Ehrengabe der Stadt Wien.

-----  
Der Blindensammeltag 1928. Die Blindenfürsorgestelle der Gemeinde Wien hat mit Zustimmung des Bürgermeisters verfügt, dass der für den 6. und 7. Oktober anberaumte "Sammeltag für Blinde" um acht Tage verschoben wird. Die Sammlungen finden daher am 13. und 14. Oktober statt.

-----  
Lehrerdelegationen in Wien. Der Bezirkslehrerverein Pirna in Sachsen und eine Gruppe niederschlesischer Philologinnen und Philologen aus Breslau weilen seit einigen Tagen in Wien, um die Wiener Schulverhältnisse zu studieren. Die Gäste, die unter Führung des Präsidenten des Wiener Stadtschulrates Otto Glöckel alle Zweige der Wiener Unterrichtsverwaltung kennen lernen, statteten am Montag auch dem Wiener Rathaus einen Besuch ab. Sie wurden in Vertretung des Bürgermeisters von Vizebürgermeister Emmerling im Sitzungssaale des Wiener Stadtsenates begrüsst, worauf im Namen des Bezirkslehrerverbandes Pirna Lehrer Berndt (Pirna) und für die niederschlesischen Philologen Dr. Krebs (Breslau) für die ungemein freundschaftliche Aufnahme dankten, die die Studiengesellschaften in Wien gefunden haben.

-----  
Last- und Geschäftswagenverkehr in der Inneren Stadt. Nach einer Verordnung des Wiener Magistrates vom 1. Oktober ist allen Fuhrwerken mit Ausnahme der Personenwagen die Durchfahrt durch den von der Ringstrasse und dem Franz Josefs-Kai umschlossenen Teil der Inneren Stadt verboten. Das Verbot gilt auch mit Ausnahme des Franz Josefs-Kais für die Ringstrasse. Bei der Zufahrt in den oben bezeichneten Teil der Inneren Stadt haben die Wagen möglichst die allgemein als Lastenstrassen bezeichneten Strassenzüge zu benützen; die nicht in den Zug dieses Verkehrsweges fallenden Strassen der Inneren Stadt dürfen nur insoweit befahren werden, als dies zur Erreichung des Fahrzieles oder bei der Rückfahrt auf kürzesten Weg erforderlich ist. Die Zufahrt von Lastkraftwagen ist nur ohne Anhängewagen gestattet. Hinsichtlich der Aufstellung von Fuhrwerken auf dem Stefansplatz hat der Wiener Magistrat angeordnet, dass auf dem Standplatz der städtischen Kraftstellwagen vor der Stefanskirche entlang der ganzen Kirchenfront <sup>und</sup> auf dem Standplatz vor der Feldapotheke zwischen der Brandstätte und der Jasomirgottstrasse kein anderes Fuhrwerk Aufstellung nehmen darf.

-----  
Starker Besuch in der städtischen Schülerherberge. Auch nach Schluss der Ferienzeit hat die Schülerherberge des Wiener Stadtschulrates noch einen ganz bedeutenden Besuch aufzuweisen. So beherbergt sie in der laufenden Woche die nicht unbeträchtliche Zahl von 156 Gästen, die in der Schülerherberge Unterkunft und Verpflegung gefunden haben. Unter den Gästen sind Lehrer und Lehrerinnen aus Sachsen, Hörer der Berliner Aufbauschule, Landwirtschaftsschüler aus Budapest und schliesslich Zöglinge der Berufsschule in Wiesbaden.

-----

Wien, am Mittwoch, den 3. Oktober 1928

Gewerbeförderung durch Berufsausbildungskurse. Anfangs Oktober wird vom Fortbildungsschulrat für Wien die zweite Reihe der Berufsausbildungskurse für jugendliche Arbeiter eröffnet, die innerhalb der ersten drei Jahre nach der Auslehre arbeitslos geworden sind. Der Fortbildungsschulrat stellt für diese Kurse die Lehrer, Lehrsäle, Werkstätten sowie sämtliche Betriebsmittel bei, die Gemeinde Wien stellt den Teilnehmern Fürsorgefahrtscheine für die Fahrten zu den Kursen zur Verfügung. Die Aufnahme in die Berufsausbildungskurse sowie die Stellenvermittlung für die Kursteilnehmer besorgt der öffentliche Arbeitsnachweis für Metallarbeiter. Die jungen Arbeiter haben wöchentlich 24 Lehrwerkstättenunterrichtsstunden durch vier Monate zu besuchen. In den Lehrwerkstätten des Fortbildungsschulrates, Mollardgasse 87, werden Modellmacher, Eisengiesser, Metallgiesser, Gärtler, Metalldrucker, Ziseleure, Kunst- und Bauschlosser, allgemeine Schlosser, allgemeine-, Auto-, Fein- und Elektromechaniker und schliesslich Schmiede für verschiedene Berufszweige ausgebildet. In die Kurse werden wieder ungefähr 300 Teilnehmer aufgenommen. Der Kostenaufwand beträgt gegen 35.000 Schilling, wovon über 15.000 Schilling die Gemeinde Wien bestreitet und rund 19.000 Schilling aus den Fortbildungsschulumlagen auf die Erwerbs- und Körperschaftsteuer aufgebracht werden.

Strassenbahnzusammenstoss auf dem Gaussplatz. Heute um 7'43 Uhr früh erfolgte auf der Gleiskreuzung Gaussplatz in der Brigittenua infolge Rädergleitens ein Zusammenstoss zwischen einem Zug der Linie 31 und einem die Gleiskreuzung passierenden Zug der Linie N. Während beim Zug der Linie N nur der Anhängewagen durch den Zusammenstoss entgleiste, kam der <sup>ganze</sup> /Zug der Linie 31 aus den Schienen. Bei dem Zusammenstoss wurden fünf Menschen verletzt, von denen ein Verletzter in das Arbeiterunfallspital gebracht wurde, während die anderen sich selbst entfernen konnten. Die durch den Zusammenstoss hervorgerufene Störung des Strassenbahnverkehrs dauerte 23 Minuten. Die entgleisten Wagen wurden von der Rüstwagenmannschaft wieder eingeleist.

Neue städtische Wohnhausbauten. Der Gemeinderatsausschuss für Wohnungswesen hat am Dienstag nach einem Bericht des amtsführenden Stadtrates Weber die Entwürfe von vier städtischen Neubauten genehmigt. Architekt Rudolf Frass hat die Pläne für einen weiteren Bauteil der Wohnhausanlage in der Schüttainstrasse entworfen. Der neue Bauteil wird insgesamt 103 Wohnungen enthalten. Der Entwurf für einen Wohnhausbau in der Petzvalgasse auf der Wieden stammt vom Architekten Walter Schwarz. Diese Wohnhausanlage wird zwanzig Wohnungen enthalten. In Nietzing wird in der Spiesingerstrasse ein städtischer Neubau aufgeführt. Nach den Plänen des Architekten Viktor Reiter sind in dieser Wohnhausanlage 12 Wohnungen vorgesehen. Schliesslich genehmigte der Gemeinderatsausschuss für Wohnungswesen noch den Bauentwurf des Architekten Rudolf Perco für den Ausbau der Wohnhausanlage in Ottakring in der Heigerleinstrasse-Hallirschgasse-Gräffergasse. Die neue Anlage wird zwanzig Wohnungen umfassen.

Bezirksvertretung Mariahilf. Die nächste Sitzung der Bezirksvertretung Mariahilf findet am Donnerstag, den 25. Oktober, um 18 Uhr statt.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: 306  
Karl H o n a y

Wien, am Donnerstag, den 4. Oktober 1928

-----  
Neue Bürger der Stadt Wien. Der Wiener Gemeinderat hat kürzlich eine Reihe von hervorragenden Männern der Kunst und der Wissenschaft zu Bürgern der Stadt Wien ernannt. Diese neuen Bürger sind der Komponist Edmund Eysler, der anlässlich seines 25jährigen Bühnenjubiläums, Hofrat Dr. Karl Glossy, der anlässlich seines 80. Geburtstages, Hofschauspieler Hofrat Albert Heine, der anlässlich seines 60. Geburtstages und schliesslich Musikprofessor Dr. Eusebius Mandyczewski, akademischer Maler Professor Hans Temple und Hofrat Dr. Julius Wagner-Jauregg, die anlässlich ihres 70. Geburtstages zu Bürgern der Stadt Wien ernannt worden sind. Bürgermeister Seitz überreichte den neuen Bürgern Mittwoch abends die künstlerisch ausgeführten Bürgerdiplome. An der Feier, die im Steinernen Saal des Wiener Rathauses vor sich ging nahmen unter andern auch die Vizebürgermeister Emmerling und Hoss, die amtsführenden Stadträte Breitner, Linder, Richter, Speiser, Professor Dr. Tandler und Weber, die Präsidenten des Wiener Landtages Dr. Danneberg, Hellmann und Zimmerl, Präsident des Wiener Stadtschulrates Glöckel, Stadtrat Rummelhardt, Generaldirektor Schneiderhahn, Burgtheaterdirektor Hofrat Herterich, nahezu alle Mitglieder des Burgtheaters vom Deutschen Volkstheater Direktor Dr. Beer und die Schauspieler Kutschera, Romberg, Schmöle, von der Bundestheaterverwaltung Sektionschef Dr. Viktor Prüger, der Präsident des Bühnenvereines Stärk, Sektionschef Dr. Adolf Vetter sowie viele andere Persönlichkeiten der Wiener Kunstwelt teil.

Bürgermeister Seitz begrüßte die Festgäste.

Er richtete an die neuen Bürger Ansprachen, in denen er die Verdienste jedes Einzelnen würdigte. Bei Professor Wagner-Jauregg erinnerte der Bürgermeister an den Nobelpreis, der den Wienern gezeigt hat, was der grosse Gelehrte für die Wissenschaft und die Wiener Alma Mater bedeutet. Durch die Ernennung Wagner-Jaureggs zum Bürger hat sich die Stadt Wien selbst geehrt. Musikprofessor Mandyczewski habe sich, sagte der Bürgermeister, durch seine Schubertforschungen in den Herzen der Wiener ein bleibendes Denkmal gesetzt. Bei der Ueberreichung des Bürgerdiploms an Hofrat Albert Heine sprach der Bürgermeister über die Vielgestaltigkeit dieses Schauspielelers. Ob man ihn in der oder in jener Rolle gesehen, es ist immer ein Unrecht gegen die andere Rolle, wenn man sie hervorheben wollte. Von Edmund Eysler sagte der Bürgermeister, dass seine Operetten durch die ganze Welt gegangen sind und ungezählten Menschen das Leben verschönt haben. Dann feierte der Bürgermeister die reiche Lebensarbeit des Malers Temple, die für die Stadt Wien und ihre Kunst von so überragender Bedeutung ist. Hofrat Dr. Glossy, der auch für die Verwaltung der Stadt Wien Hervorragendes geleistet hat, wurde vom Bürgermeister als vielseitiger Gelehrter gefeiert. Nach den Ansprachen des Bürgermeisters dankten die neuen Bürger der Stadt Wien für die Auszeichnung. Die Festgäste wurden dann im/den Sitzungssaal des Stadtsenates zu einer künstlerischen Feier eingeladen, wo unter Leitung des Burgschauspielers Pranger von den anwesenden Künstlern ernste und heitere Vorträge improvisiert wurden.

-----

Wien, am Freitag, den 5. Oktober 1928

Absperrung der Oberen Donaustrasse. Wegen Niveauregulierungsarbeiten, die anlässlich der Errichtung einer Hilfsbrücke neben der Augartenbrücke notwendig sind, wird die Obere Donaustrasse in der Leopoldstadt zwischen der Unteren Augartenstrasse und der Rembrandstrasse vom nächsten Mittwoch an auf die Dauer von ungefähr drei Wochen für den Fuhrwerksverkehr gesperrt. Die Linie 31 wird durch die Untere Augartenstrasse geführt.

Benennung von städtischen Wohnbauten. Wie schon gemeldet, hat der Gemeinderatsausschuss für Wohnungswesen eine Wohnhausanlage auf dem Margaretengürtel "Herwegghof", den städtischen Wohnhausbau in der Störbergasse "Heinrichshof" und die Wohnhausanlage in der Pfeilgasse "Faberhof" benannt. Die Erläuterungstafeln lauten: "Herwegghof. Dieser Wohnhausbau führt seinen Namen nach dem grossen Freiheitsdichter Georg Herwegh. 1817 - 1875." "Heinrichshof. Dieser Hof ist nach dem Dichter Heinrich Heine benannt. 1797 - 1856.

"Faberhof. Dieser Hof ist benannt nach dem Senatsrat des Wiener Magistrates Dr. Adolf Faber, der sich als tatkräftiger Organisator und Führer der Gewerkschaft grosse Verdienste um die städtischen Angestellten und Bediensteten erworben hat. 1874-1928." Dem städtischen Neubau in Hernals, Hernalser Hauptstrasse-Beringgasse, der mit einer den alten Türkenritt versinnbildlichenden Plastik geschmückt ist, wurde der Name "Türkenritzhof" gegeben. Seine Erläuterungstafel lautet: "Dieser Hof führt seinen Namen nach dem Türkenritt, einem alten Hernalser Volksbrauch. Zur Erinnerung an die Befreiung Wiens von der Türkengefahr wurde alljährlich ein humoristischer Festzug veranstaltet, als dessen Hauptperson ein türkischer Pascha auf einem Esel titt. Dieser Brauch hat sich bis zum Jahre 1783 erhalten".

Norwegischer Klub. Der "Norwegische Klub" ist die Vereinigung aller, die seinerzeit die Gastfreundschaft Norwegens genossen haben. Der Klub hält am nächsten Dienstag um 19 Uhr im Klubheim in der Hofburg (Alexanderstiege, Deutsche Kunstgemeinschaft) seine erste Generalversammlung ab. Alle Auskünfte und Anmeldungen werden an jeden Dienstag von 18 Uhr bis 21'30 Uhr erteilt und entgegengenommen.

198 Einsicherungen im September. In der Feuerhalle der Stadt Wien wurden im September 198 Leichen eingesichert. Von den Verstorbenen waren 123 Männer und 75 Frauen. 109 Eingesicherte gehörten der römisch katholischen Religion an, 29 der mosaischen, 17 der evangelischen und 3 der altkatholischen. Konfessionslos waren 40 Verstorbene. In der Einsegnungshalle des Wiener Krematoriums wurden im September 17 Einsegnungen nach altkatholischem und 33 nach evangelischem Ritus vorgenommen.

Wien, am Samstag, den 6. Oktober 1928

Sitzungen im Rathaus. In der kommenden Woche tritt am Dienstag um 10 Uhr vormittags der Wiener Stadtsenat zusammen. Der Wiener Gemeinderat wurde für Freitag 17 Uhr einberufen.

Die Wiener Bevölkerung ist gesund. Nach einer Mitteilung des städtischen Gesundheitsamtes war der Gesundheitszustand der Wiener Bevölkerung im August sehr befriedigend. Insgesamt starben im August in Wien 1727 Menschen. Während im Juli in Wien täglich durchschnittlich 58 Menschen starben, verringerte sich die Zahl der täglichen Todesfälle im August auf 56. Die häufigsten Todesursachen waren Krankheiten der Kreislauforgane, dann die Krebse und bösartigen Neugebilde und schliesslich die Tuberkulose der Atemwege. Das Geburtenrückgang ist ebenfalls im August bedeutend geringer geworden. Er sank von 173 Todesfällen im Ueberschuss vom Juli auf 82 im August.

Ausgestaltung der elektrischen Strassenbeleuchtung. Im Zuge der Ausgestaltung der elektrischen Strassenbeleuchtung wird in der nächsten Zeit in Hernalts und in Währing die Klampflberggasse am Schafberg von der Czartoryskigasse bis zur Zwerngasse mit elektrischer Beleuchtung ausgestattet.

Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum in Wien. In der Ausstellung des Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseums in der Volkshalle des Neuen Wiener Rathauses spricht morgen Sonntag um 10'30 Uhr vormittag Dr. Paul Lazarsfeld über "Die menschliche Seele in Zahlen".

Ausländische Gäste in Wien. Die Tätigkeit der Wiener Gemeindeverwaltung insbesondere auf dem Gebiete des Wohlfahrtswesens hat in den letzten Jahren an aller Welt die grösste Beachtung gefunden. Die neuen Fürsorgeeinrichtungen der Gemeinde Wien werden ausserordentlich stark von ausländischen Gästen besucht. Es sind dies insbesondere Staatsmänner, Kommunalpolitiker, Sozialwissenschaftler und Journalisten, die ein ganz besonderes Interesse den neuen Gemeindeschöpfungen entgegenbringen. So wurden die Humanitätsanstalten der Gemeinde Wien im Vorjahr von 21.183 Gästen in 1532 Führungen besucht. Die Zahl der Besucher im abgelaufenen heurigen Halbjahr allein ist schon bedeutend höher. In 1178 Führungen besichtigten nicht weniger als 25.420 Gäste die verschiedensten neuen Fürsorgeeinrichtungen, vor allem die Kinderübernahmestelle und die Kinderherberge Schloss Wilhelminenberg, für welche Anstalten sich das lebhafteste Interesse kundgibt. Die Gäste kamen aus allen Weltteilen, aus England, Frankreich, Dänemark, Schweden, Russland, Italien, China, Japan, <sup>Indien,</sup> Amerika, Australien und so weiter. An prominenten Gästen waren unter andern zu verzeichnen: Premierminister Thomas M. Milford (Wellington, New-Seeland) der preussische Finanzminister Dr. Höpker-Aschoff (Berlin) die griechischen Minister Dr. George Th. Sacellarion und P. E. Tsaldaris (Athen), der japanische Akademieprofessor Rishin Schimokawa (Akita) und der Schulinspektor von Osaka Goro Okuta, der Oberbürgermeister von Frankfurt am Main Dr. Ludwig Landmann, der Chefarzt der New Yorker Kinderklinik Dr. J. Katz, der Chef der psychiatrischen Pariser Klinik Dr. Gilbert und andere mehr. Die ausländischen Gäste studierten auch eingehend die Wiener kommunale Wohnbautätigkeit, über die sie sich ebenfalls ungemein anerkennend aussprachen.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw.Redakteur:  
Karl H o n a y

309

Wien, am Sonntag, den 7. Oktober 1928

-----

Bürgermeister Seitz in Wien. In einigen heute erschienenen Nachrichtenblättern war die Mitteilung enthalten, dass Bürgermeister Seitz heute von Wien abwesend gewesen sei. Demgegenüber wird festgestellt, dass sich Bürgermeister Seitz vor allem schon zufolge seiner Funktion als Landeshauptmann die ganze Zeit hindurch in Wien aufgehalten hat.

-----

## RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: 310  
Karl H o n a y

Wien, am Montag, den 8. Oktober 1928

Jubilare der Ehe. Vergangenen Samstag überreichte in Vertretung des Bürgermeisters amtsführender Stadtrat Julius Linder den Ehepaaren Max und Cäcilie Hoffmann, Adalbert und Martina Jaksch, Hans und Viktoria Jueptner und Karl und Franziska Ratay anlässlich ihrer goldenen Hochzeit die Ehrengabe der Stadt Wien.

Nicht Auf- und Abspringen! Heute um 9'15 Uhr früh sprang in der Stadtbahnstation Schönbrunn ein 79jähriger Fahrgast von der hinteren Plattform eines vorletzten Wagens eines Zuges der Linie WD ab und stürzte. Er kam mit dem rechten Fuss zwischen das Trittbrett des letzten Wagens und den Perren. Der Wagen musste von der Rüstwagenmannschaft gehoben und dann erst konnte der Verunglückte, der eine erhebliche Rissquetschwunde an der rechten Wade erlitten hat, aus seiner Lage befreit werden. Die durch den Unfall hervorgerufene Störung des Stadtbahnverkehrs dauerte gegen zwanzig Minuten. Dieser Unfall ist ein neuerliches eindringliches Warnungszeichen, das Auf- und Abspringen, insbesondere auf der Stadtbahn, unter allen Umständen zu unterlassen.

Gegen drei Millionen Badegäste in den städtischen Sommerbädern. Wien entwickelt sich allmählich zu einer richtigen Bäderstadt. Im heurigen Sommer standen der Wiener Bevölkerung schon dreizehn städtischen Sommerbäder zur Verfügung, die mit allem Komfort ausgestattet sind und allen Ansprüchen der Badelustigen entsprechen. Ein besondere Augenmerk hat die Wiener Gemeindeverwaltung der Errichtung von Kinderfreibädern zugewendet, deren im heurigen Sommer schon achtzehn der Wiener Jugend zur Verfügung standen. Insgesamt wurden die städtischen Sommerbäder heuer von nicht weniger als 2,786.800 Badegästen aufgesucht. Die Sommerbäder hatten 1,563.800 Besucher und in den Kinderfreibädern tummelten sich 1,223.017 Kinder. Von den Sommerbädern hatten das Gänsehäufel 378.118, das Schwimm-, Sonnen- und Luftbad auf dem Kongressplatz 254.940, das Strandbad Alte Donau 195.995, das Ottakringer Schwimm-, Sonnen- und Luftbad 157.657 und schliesslich das Sommerbad auf der Hohen Warte 116.477 Besucher. Gegenüber dem vorigen Jahr ist die Zahl der Besucher der städtischen Sommerbäder um rund 700.000 gestiegen. Im vorigen Sommer zählten die Sommerbäder 1,247.823 und die Kinderfreibäder der Gemeinde Wien (elf) 839.776, also insgesamt 2,087.599 Besucher.

Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum. In der Ausstellung des Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseums in der Volkshalle des Neuen Wiener Rathauses findet morgen Dienstag um 17'30 Uhr eine allgemeine Führung statt.

Ablenkung der Strassenbahnlinien 31, 231 und 331. Wegen Gleisarbeiten bei der Augartenhilfsbrücke werden von Mittwoch an bis auf weiters die Züge der Strassenbahnlinien 31, 231 und 331 in beiden Fahrtrichtungen vom Gausplatz über die Obere und Untere Augartenstrasse zum Kai geführt.

Mitteilungen aus Statistik und Verwaltung. Dieser Tage ist das 4.-6. Monatsheft, Jahrgang 1928, der Mitteilungen aus Statistik und Verwaltung der Gemeinde Wien erschienen. Das von der Magistratsabteilung für Statistik herausgegebene Heft, das wieder reiches statistisches Material enthält, ist durch den Kommissionsverlag Gerlach und Wiedling zum Preise von zwei Schilling zu beziehen.

Wien, am Dienstag, den 9. Oktober 1928

Neue Russlandgeschäfte unter Gemeindehaftung. In der letzten Sitzung des Beirates wurde Bestellungen im Umfange von 423.413 Dollar die Gemeindehaftung zuerkannt. Hievon entfallen 407.574 Dollar auf zwei-jährige Kredite. Die Gesamtheit der bisher unter der Gemeindehaftung zustande gekommenen Russlandlieferungen beträgt 3.726.000 Dollar oder 26'1 Millionen Schilling. Die Tatsache, dass der Stand der Arbeitslosen in Wien sich wesentlich günstiger gestaltet als in den Bundesländern, ist zweifellos auf diese sich sehr günstig auswirkende Aktion zurückzuführen, während sich die Bundesländer gegenüber jeder Garantie-übernahme vollkommen ablehnend verhalten und sogar die zur Exportförderung bereiten Gemeinden an der Tagung der Haftung direkt verhindern.

Amnestie von Gewerbe- und Steuerstrafen. Der Verband der sozialdemokratischen Gewerbetreibenden und Kaufleute hat an den Bürgermeister als Landeshauptmann die Bitte gerichtet, anlässlich des zehnten Jahrestages der Republik Steuerstrafen und Strafen gewerberechtlichen Charakters zu amnestieren. Eine Abordnung unter Führung des Gemeinderates Hernstein und der Verbandsvizepräsidenten Böck und Strauss hat gestern dem Bürgermeister diese Bitte vorgetragen. Bürgermeister Seitz erklärte, dass selbst in individuellen Fällen nach dem am 1. Jänner 1926 in Kraft getretenen Bundesverwaltungsstrafgesetz Verwaltungsstrafen nur im Zuge des Berufungsverfahrens herabgesetzt oder nachgesehen werden können, zum Unterschied gegen früher, wo auch ausserhalb des Rekursverfahrens eine gnadeweise Herabsetzung oder Nachsicht von Verwaltungsstrafen möglich war. Während die Begnadigung der von Gerichten rechtskräftig Verurteilten und eine Milderung oder Umwandlung von Gerichten ausgesprochenen Strafen durch den Bundespräsidenten möglich ist, hat bei Verwaltungsübertretungen nach den geltenden gesetzlichen Bestimmungen niemand, weder ein Landeshauptmann, noch ein Minister oder auch der Bundespräsident das Recht, ausserhalb des Rekursverfahrens Strafen gnadeweise nachzusehen. Für die Erlassung einer Amnestie, also einer generellen Nachsicht von Verwaltungsstrafen fehle es überhaupt an einer gesetzlichen Grundlage. Es müsste daher erst ein entsprechendes Gesetz im Nationalrat beschlossen werden. Es könne daher/weder als Bürgermeister noch als Landeshauptmann, sondern höchstens in seiner Eigenschaft als Nationalrat entgegennehmen.

Unveränderte Kanalräumungsgebühren. Gegenüber dem Vormonate sind die Kanalräumungsgebühren für Oktober unverändert geblieben. Sie betragen das Dreissigfache des Monatszinses vom August 1914 beziehungsweise des Monatszinses der der Berechnung der Wohnbausteuer zugrundegelegt worden ist.

Wiederbelegung von Schachgräbern im Meidlinger Friedhof. Im Meidlinger Friedhof werden vom 1. Dezember an die Schachtgräber Abteilung V, Gruppe III, wiederbelegt. Enterdigungen von Leichenresten aus diesen Gräbern sind nur vor der Wiederbelegung zulässig. Die diesbezüglichen Gesuche sind bis längstens 17. November bei der Magistratsabteilung 12 zu überreichen.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw.Redakteur: 312  
Karl H o n a y

Wien, am Mittwochm, den 10. Oktober 1928.

-----  
Durchführung des Strassenpolizeigesetzes. Die Durchführung des Wiener Landesgesetzes vom 21. September 1928 über die Strassenpolizei, soweit sie sich nicht auf Bundesstrassen bezieht, und der auf Grund des Gesetzes erlassenen Verordnung macht es notwendig, dass die Geschäfte, die bis 30. September von der Bundespolizeidirektion geführt wurden, Amtsstellen des Magistrates zugewiesen werden. Die Geschäftseinteilung des Magistrates wurde entsprechend geändert. Die grundsätzlichen Angelegenheiten der Strassenpolizei sind der Magistratsabteilung 52, I., Altes Rathaus, Wipplingerstrasse 8 zugewiesen; die Bewilligung zur Reklame auf der Strasse durch Zettelverteiler und durch Reklamewagen, die nicht ausschliesslich diesem Zweck dienen, der Magistratsabteilung 56, I., Neues Rathaus, Mazzanin; die Bewilligung sonstiger Reklame-  
Erlaubnis  
tigkeit auf der Strasse, die von Ausnahmen hinsichtlich der Breite der Fuhrwerke bei Verfrachtung unteilbarer Gegenstände, die Bewilligung für Spezialwagen zur Verwendung nicht vorschriftsmässiger Radreifen oder Radschuhe, die Bewilligung zum Befahren der Inneren Stadt mit Lastkraftwagen samt Anhänger sowie die Verfügung zeitlich begrenzter Strassenabsperrrungen oder Verkehrsbeschränkungen aus Anlass von Strassen- oder sonstigen Bauführung sind der Magistratsabteilung 57, IX., Währingerstrasse 39, III. Stock zugewiesen; die Bewilligung der Ueberschreitung des Höchstladegewichtes für bespannte Fuhrwerke den Veterinärabteilungen der magistratischen Bezirksämter. Die Kompetenz zur Durchführung der Straftatshandlungen kommt, wie schon mitgeteilt worden ist, den magistratischen Bezirksämtern zu. Die Berechtigung zur Verhängung von Organmandatsstrafen (von den Wachebeamten auf der Strasse verhängte Zweischillingstrafen) bleibt der Bundespolizeidirektion übertragen.

-----  
Ausgestaltung der elektrischen Strassenbeleuchtung. Im Zuge der Ausgestaltung der Wiener elektrischen Strassenbeleuchtung werden in Margareten die Schlossgasse, Hofgasse, Castelligasse, Gartengasse und Hartmann-gasse und in Favoriten die verlängerte Lehmgasse (Verbindungsweg von der Favoritenstrasse zur Laaerstrasse) in der nächsten Zeit mit elektrischer Beleuchtung ausgestattet.

-----  
Bezirksvertretung Leopoldstadt. Die nächste Sitzung der Bezirksvertretung Leopoldstadt findet am kommenden Samstag um 7 Uhr statt.

-----  
447.283 Gaskonsumenten in Wien. Die Aufwärtsbewegung der Zahl der Gaskonsumenten, die seit Jahren zu verzeichnen ist, hält unvermindert an. Während am 31. Dezember 1913 in Wien nur 211.815 Gasabnehmer waren, zählten die Wiener städtischen Gaswerke am 30. September nicht weniger als 447.283 Konsumenten. Im September wurden insgesamt 2130 Gasmesser neu aufgestellt. Teilzahlungsanlagen wurden in acht Häusern mit 36 Wohnungen durchgeführt. Im Zuge der fortlaufenden Ausgestaltung der Gaswerke wurden auch im September wieder umfangreiche Bestellungen an die Industrie und an das Gewerbe vergeben.

Wien, am Mittwoch, den 10. Oktober 1928. Zweite Ausgabe

.....  
Eine merkwürdige Strafmassnahme des Stadtbauamtes. In einigen Tageszei-  
tungen wurde heute mitgeteilt, dass das Wiener Stadtbauamt wegen des Wi-  
derstandes einer einzelnen Partei gegen sicherheitspolizeiliche Aufträge  
nicht weniger als dreissig Wohnparteien des Hauses Pfeilgasse 7 vom elek-  
trischen Lichtstrom abgeschaltet hat. Zu dieser Meldung teilt das Stadtbau-  
amt folgendes mit: Im Hause Pfeilgasse 7 wurde schon im April die elektri-  
sche Hausinstallation zum erstenmal amtlich untersucht. Die Untersuchung er-  
gab, dass die gesamte Hausinstallation den bestehenden Sicherheitsvorschrif-  
ten nicht nur nicht einmal annähernd Rechnung trug, sondern diesen gerade-  
zu krass widersprach. Die Hausbesitzerin wurde daher beauftragt, die ge-  
samte elektrische Lichtleitung binnen zwei Wochen bei sonstiger Abschalt-  
ung in Ordnung bringen zu lassen. Seither hat das Stadtbauamt die Anlage  
noch zweimal untersucht, um den gegebenen Aufträgen endlich Geltung zu  
verschaffen. Als nun bei der am Dienstag neuerlichen Untersuchung die be-  
anstandeten Mängel der Anlage noch immer vorgefunden wurden, musste end-  
lich im Interesse der Hausbewohner mit der schon im amtlichen Bescheid  
von Mitte Mai, gegen den kein Rekurs erhoben wurde, angedrohten Abschalt-  
ung der Anlage wegen Gefahr im Verzuge vorgegangen werden. Das Stadtbau-  
amt schreitet überhaupt erst ein, wenn die Elektrizitätswerke als Strom-  
lieferanten die Anzeige wegen des sicherheitsgefährlichen Zustandes ei-  
ner elektrischen Anlage an das Stadtbauamt erstatten. Elektrische Lei-  
tungen, die den Sicherheitsvorschriften des Elektrotechnischen Vereines  
nicht entsprechen, sind eine ernste Gefahr für das Leben der Hausbewohner  
und können leicht zu Bränden führen. Bei Gefahr im Verzuge muss sich das  
Stadtbauamt an die gesetzlichen Vorschriften halten, um sich an etwaigen  
Unglücksfällen, wie sie in der letzten Zeit wiederholt vorgekommen sind,  
nicht mitschuldig zu machen.  
.....

Wien, am Donnerstag, den 11. Oktober 1928

Die Genossenschaft der Wiener Gastwirte gegen die Abgabenteilungsnovelle. Bekanntlich hat die Regierung dem Parlament eine Novelle zum Abgabenteilungsgesetz vorgelegt, wonach dem Land Wien rund 23 Millionen Schilling aus den gemeinschaftlichen Abgabenertragsanteilen weggenommen werden sollen. Die Genossenschaft der Wiener Gastwirte hat nun kürzlich beschlossen, die im Nationalrat vertretenen Parteien zu ersuchen, in Berücksichtigung der wirtschaftlichen Lage der Wiener Gastwirte dafür einzutreten, dass eine Herabsetzung der Ueberweisungen aus den Bundeseinnahmen für die Gemeinde Wien unterbleibe. In einem an die Nationalräte gerichteten Brief führt die Genossenschaft aus, dass eine Verminderung der Einnahmen der Gemeinde Wien durch Kürzung des auf Wien entfallenden Anteiles aus den gemeinschaftlichen Abgabenertragsanteilen wahrscheinlich zu einer Erhöhung der Gemeindeabgaben, insbesondere der Nahrungs- und Genussmittelabgabe sowie der Lustbarkeitsabgabe führen würde. Das Wiener Gastgewerbe ist am Ende seiner Steuerkraft angelangt und kann keine Mehrbelastung, von welcher Seite sie auch kommen mag, mehr ertragen. Auch der Wiener Fremdenverkehr würde unter einer Erhöhung der Nahrungs- und Genussmittelabgabe sowie der Lustbarkeitsabgabe leiden, die durch eine Herabsetzung der Ueberweisungen aus den Bundeseinnahmen für die Gemeinde Wien veranlasst werden würde. Der Aufruf an die Nationalräte ist von allen Mitgliedern des Genossenschaftsausschusses gezeichnet.

Der Gerüsteinsturz auf der Spittelauerlände. Zu den Meldungen einiger Tageszeitungen über einen Gerüsteinsturz bei einem Neubau auf der Spittelauerlände, teilt das Wiener Stadtbauamt mit, dass es sich hier um einen Privatbau und keineswegs um einen städtischen Bau handelt.

Ein Stadtbahnzugsanzeiger auf der Kreuzung Gumpendorferstrasse-Sechshausenerstrasse. In den letzten Tagen ist für die Wiener elektrische Stadtbahn ein Zugsanzeiger errichtet worden, der eine Anwendung neuestiger Reklamebeleuchtung im Bahnbetrieb vorstellt. Die Fahrgäste, welche von der Strassenkreuzung Mariahilfergürtel-Sechshausenerstrasse in der Richtung des Währingergürtels weiterfahren wollen, können entweder einem Zug der Linie 18 G oder dem von der Stadtbahnstation Meidlinger Hauptstrasse kommenden Stadtbahnzug der Gürtellinie benützen. Um die wartenden Fahrgäste von dem Herannahen des Stadtbahnzuges der Gürtellinie zu benachrichtigen und ihnen dadurch die Auswahl des für sie in Betracht kommenden Zuges zu erleichtern, ist auf der Aussenseite der Stadtbahnbrücke über die Gumpendorferstrasse-Sechshausenerstrasse ein als Transparent ausgebildeter Zugsanzeiger angebracht worden. Wenn sich ein Stadtbahnzug auf dem Wege von der Stadtbahnstation Meidlinger Hauptstrasse zur Gumpendorferstrasse befindet, leuchten ein die Fahrtrichtung angegebender Pfeil und die Worte "Stadtbahnzug kommt" rot auf. Das Transparent wird durch den jeweils angekündigten Stadtbahnzug selbst tätig ein- und ausgeschaltet.

Die Praterhüttenbesitzer für den Bau des Gemeindestadions. In der kürzlich stattgefundenen Generalversammlung nahm der Verein der Praterhüttenbesitzer zu dem Projekt der Erbauung des Gemeindestadions im Prater neuerlich Stellung. Die Praterhüttenbesitzer begrüßen die Errichtung des Stadions im Prater auf das wärmste. Die Praterhüttenbesitzer versprechen sich vom Stadion geradezu ein Aufblühen ihrer Geschäfte. In den letzten Tagen hat auch der Delegierte des Vereines der Praterhüttenbesitzer Gustav Schäfer im Rathaus vorgesprochen und dem Vizebürgermeister Emmerling sowie den amtsführenden Stadträten Breitner und Professor Dr. Tandler den Dank der Praterhüttenbesitzer für die Durchführung des Baues des Stadions im Prater ausgesprochen.

Wien, am Freitag, den 12. Oktober 1928

## W I E N E R G E M E I N D E R A T

Sitzung vom 12. Oktober 1928

Bürgermeister Seitz eröffnet um fünf Uhr 15 Minuten nachmittags die Sitzung.

Ohne Debatte werden angenommen die Erhöhung des Aufwandes für die Erneuerung von Geleisen, den Sicherheitsschinneneinbau und die Gleisbogenregulierungen auf der Stadtbahn um den Betrag von 400.000 Schilling, ferner die Bauentwürfe XV., Herklotzgasse, Kostenaufwand 350.000 Schilling und II. Wehlstrasse (Kostenaufwand Schilling 1.160.000) sowie Anträge betreffend den Ankauf von Gründen im III. Bezirk betreffend die Einbeziehung des Siedlerhüttengebietes zwischen dem Steinhof und den Dehnepark in die Siedlungszone im XIII. Bezirk schliesslich der Generalregulierungs- und Generalbaulinienplan für das Gebiet am Wolfersberg.

St. R. Speiser referiert über die Wahlschrift für die Bediensteten der städtischen Strassenbahnen. Er verweist darauf, dass anlässlich der letzten Personalvertretungswahlen bei den städtischen Strassenbahnen das Handelsministerium bei der Direktion die Anregung gegeben hat, die Bestimmungen der Wahlordnung einvernehmlich mit der Personalvertretung ausführlicher zu fassen und Zweifel über Einzelheiten des Wahlvorganges zu beseitigen. Dieser Anregung entsprechend hat die Direktion der Strassenbahnen die bestehende Wahlordnung umgearbeitet. Sie wurde auch mit der Personalvertretung beraten und diese sowie das Ministerium haben sich mit dem Entwurf einverstanden erklärt. Stadtrat Speiser kennzeichnet sodann im Einzelnen die Unterschiede des Entwurfs gegenüber der früheren Wahlvorschrift und ersucht den Entwurf anzunehmen.

G. R. Lehninger (E. L.) macht darauf aufmerksam, dass über den Protest der Christlichsozialen anlässlich der letzten Personalvertretungswahl, das Handelsministerium die Direktion der Strassenbahnen zu einer Aenderung der Wahlvorschrift aufgefordert haben. Dazu hat man sich zwei Jahre Zeit gelassen. Der Entwurf bringt nur Detailbestimmungen, er macht die Wahlordnung in keinem Punkt demokratischer. Der Redner beschäftigt sich sodann im Einzelnen mit dem Entwurf und macht darauf aufmerksam, dass der Titel mit dem Anhang III der Dienstordnung Absatz A - C nicht übereinstimmt. Er beantragt daher den Titel/ "Personalaus-schuss-, Hauptausschuss- sowie Vertrauensmänneraus-schüsse-Wahlen" abzu-ändern. Weiters beantragt er, aus den Beilagen A, B, D das Wort "Diszi-plinarmitgliederwahl zu streichen, da der Wahlvorgang für die Diszi-plinarkommissionen im § 36 der Dienstordnung festgelegt ist. Er macht darauf aufmerksam, dass in einem Muster des Entwurfes die Gruppeneinteilung der einzelnen Bedienstetenkategorien mit dem Anhang III Absatz I der Dienstordnung nicht übereinstimmt und beantragt, diesen Anhang ent-sprechend zu ändern. Er stellt ferner den Antrag, den Absatz 6 Punkt 4 über den Stimmzettel folgendermassen zu fassen: "Die Ausfüllung des Stimm-zettels ist durch Hand- oder Maschinenschrift oder Druck oder Stam-piglie unter Bezeichnung der wahlwerbenden Partei, wo der Ge-werkschaftstitel auch gekürzt werden kann oder die Namen sämtlicher Wahl-erber oder auch nur des Listenführers zulässig." Gemeinderat Lehninger verweist sodann darauf, dass nach der Fassung des Absatzes 9 Punkt 2 jene Organisationen, die derzeit kein Mandat haben, auch keinen An-spruch haben werden, in den Wahlausschuss einen Delegierten zu entsen-ßen. Er beantragt daher, aus diesem Punkt die Bestimmung zu streichen wonach den einzelnen Organisationen ihrem Stärkeverhältnis entsprechend Wahlausschussmandate zugeteilt werden und wonach die Berechnung dieser Mandatszahlen auf Grund der Mandatszahlen der abtretenden Vertretungs-körper zu erfolgen hat. Zum Schlusse führt er Beschwerde darüber, dass in den letzten Tagen der Vertrauensmann der Organisation der Stras-

senbahner in Erdberg, der einen schweren Unfall erlitten hatte, nach seiner Rückkehr zum Bahnhof Grinzing als Nachtwachter transferiert wurde. Das Betriebsrätegesetz und die Bestimmung über die Personal-vertretungen untersagen es, dass ein Vertrauensmann solange er im Amt ist gemassregelt werden kann. Das was sich hier zugetragen hatte, müsse als ein unerhörter Skandal bezeichnet werden und er richtet daher an Stadtrat Speiser das Ersuchen, diesen Mann wieder nach dem Bahnhof Erdberg zurückzusetzen (Lebhafter Beifall bei der E. L.)

GR. Haider (E. L.) bemerkt, die abtretende Personalvertre-tung der Strassenbahner sei zwar ihren Pflichten der Verwaltung und der Direktion gegenüber in der gewissenhaftesten Weise nachgekommen, dagegen habe sie die Interessen des Personals in der grössten Weise vernachlässigt und alles getan was dem Gedanken der Demokratie Hohn spricht. So wurde, obwohl das Personal in einer Urabstimmung die Wie-derherstellung des Schemas verlangt hat, dieser Wunsch nicht erfüllt. Die Personalvertretung hat Terrorfall auf Terrorfall gehäuft um die andersdenkenden Strassenbahner mirbe zu machen. Gemeinderat Haider stellt sodann eine Reihe von Anträgen zu dem Entwurf, so dass es statt "unmittelbarer Wahl" zuheissen hat, das Wahlrecht sei persönlich aus-züben. Ferner, dass diejenigen Angestellten vom Wahlrecht ausgeschlos-sen sind, die vom Wahlrecht zum Gemeinderat ausgeschlossen sind. Ferner die Zusatzanträge / dass die Wahl durch Anschlag kundzumachen sei, dass die Wählerlisten "zur Einsicht" aufzulegen sind. Schliesslich dass auf jeden Fall Wahl-orte zu bestimmen und zu verlautbaren sind. dass die Koppelung der Wahlwerberlisten zugelassen wird. Und dass eine Bestimmung aufgenommen wird, an welche Stellen allfällige Wahlanfechtungen zu richten sind und welche Stelle darüber zu entscheiden hat (Beifall bei der E. L.)

St. R. Speiser kommt in seinem Schlussworte zunächst auf die vom Gemeinderat Lehninger erwähnte Transferierung des Strassen-bahners Staudinger zurück und erklärt, dass nach der Information der Direktion der Mann etwa ein Jahr im Krankenstande war, selbst ein Ge-such um einen leichteren Dienst eingebracht hat und da ein solcher leicht-er Dienst auf dem Bahnhof Erdberg nicht vorhanden war, auf einen leichteren Posten eines anderen Bahnhofs versetzt wurde, wonach sein Wunsch nach Möglichkeit erfüllt worden sei. Stadtrat Speiser bespricht sodann die von den Gemeinderäten Lehninger und Haider eingebrachten Anträge und bemerkt, dass die vom Gemeinderat Lehninger eingebrachten Anträge soweit sie die Herstellung einer Uebereinstimmung zwischen diesem Entwurf und der Dienstordnung bezwecken überflüssig seien, da soweit der Entwurf Bestimmungen der Dienstordnung betreffe die Dienst-ordnung durch den Beschluss des Gemeinderates ohnehin abgeändert werde. Die Anträge des Gemeinderates Lehninger, die sich auf den Titel, auf die Anhänge des Entwurfes und auf Muster die dem Entwurf beigege-ben worden sind, beziehen, sind ebenfalls überflüssig, da all dies dem Entwurf nur zur Erläuterung beigegeben worden sind und nicht Gegen-stand der Beschlussfassung sei. Den Antrag, der sich darauf bezieht, dass auch neukandidierende Gruppen Vertreter in den Wahlausschuss ent-senden können empfiehlt Stadtrat Speiser abzulehnen, da es sonst vor-kommen könne, dass in den Wahlausschuss eine ganze Anzahl von Vertre-tern solcher Gruppen kommen, die in der Wahl nur einige ganz wenige Stimmen erhalten. Dagegen schlägt er den Antrag, dass der Stimm-zettel auch durch Stampiglie ausgefüllt werden kann zur Verdetlichung zur Annahme vor. Die Anträge des Gemeinderates Haider betreffen zum Teil Selbstverständlichkeiten zum Teil sind sie soweit sie eine Klarstellung bezwecken überflüssig, da der entsprechende Text klar genug sei. Nur den Antrag, dass die Wahl durch Anschlag kundzumachen sei schlägt Stadt-rat Speiser zur Annahme vor. Er ersucht schliesslich den Entwurf mit diesen beiden Abänderungsanträgen anzunehmen und spricht die Hoffnung aus, dass die neue Wahlordnung den Wünschen aller entsprechen werde (Beifall bei der Mehrheit).

GR. Lehninger stellt in einer tatsächlichen Berichtigung des Entwurfs fest, dass nach der gegenwärtigen Fassung es ausgeschlossen sei, dass eine Minderheit, die derzeit kein Mandat hat, in den Wahlausschuss auch nur einen Vertreter entsenden kann.

Der Entwurf wird mit den beiden von Stadtrat Speiser bei Länderwettkämpfen eine 26prozentige Abgabe leisten müssen, genoss der Wafö anlässlich eines Länderkampfes am 28. Juni 1927 gegen eine englische Arbeiterfussballmannschaft die Begünstigung einer zehnprozentigen Abgabe. Während Stadtrat Breitner den sozialdemokratischen Vereinen bei Veranstaltungen am 1. Mai eine zehnprozentige Abgabe gewährt, hat er für die gleichen Wünsche der bürgerlichen Vereinigungen taube Ohren. So hat in der letzten Zeit der leichtathletische Damenwettkampf Oesterreich gegen Polen stattgefunden. Die Veranstalter sähten um die Gewährung einer zehnprozentigen Abgabe an. Sie wurden aber abgewiesen und so müssen die sportbegeisterten Amateurvereine ein Defizit von 2500 Schilling tragen. Wir haben nichts gegen eine Bevorzugung der sozialdemokratischen Sportorganisationen, wir müssen aber mit allem Nachdruck auch das gleiche Entgegenkommen für die bürgerlichen Sportverbände fordern.

St. R. Professor Dr. Tandler berichtet nun über den Bau des Stadions im Prater. Das Stadion soll auf dem Gemeindegrund zwischen der Hauptallee, der Zufahrtsstrasse zur Meierei Kriau, dem Trabrennplatz und von der Westecke dieses Platzes wieder bis zur Hauptallee errichtet werden. Das Flächenmass dieses Platzes beträgt ungefähr 17 Quadratkilometer. Die Wahl des Platzes erfolgte aus verkehrstechnischen Gründen, er ist auch nicht zu klein und bei der Offertauschreibung wurde auch darauf Bedacht genommen, dass nur ein ganz geringer Verlust an Baumbeständen eintreten darf. Von einer Devastation des Praters kann unter keinem Umständen die Rede sein.

In einer nahezu einstündigen Rede nimmt Gemeinderat Pfeiffer (E.L.) zu dem Anfrage Stellung. Seine Ausführungen beschäftigen sich vorerst mit der Entwicklung des Körpersportes in Oesterreich, der sich ohne fachliche und ärztliche Aufsicht wild vollzogen hat, weshalb wir auch Deutschland gegenüber sehr rückständig sind. Die Aufsicht über die Pflege des Körpersports in Deutschland obliegt dem deutschen Reichsausschuss, der dafür zu sorgen hat, dass der Körpersport im Interesse des Volkes planmässig betrieben werde. Deutschland besitzt auch in Spandau ein eigenes Sportforum, wo die Sportlehrer ausgebildet werden. Der deutsche Reichsausschuss ist eine öffentliche Institution, während unser Hauptverband für Körpersport nur eine private ist. Ein Stadion ist nur für wenige Auserwählte, die dort ihre Leistungen zeigen, während die Wiener Gemeindeverwaltung die Pflicht hätte, für die grossen Sportmassen entsprechende Sportstätten zu schaffen. Es muss in erster Linie angestrebt werden, allen jenen Gelegenheit zu geben, sich körperlich auszubilden, die keinem Verein angehören. Es müssten Übungswiesen geschaffen werden, auf denen jedermann, der keinem Verein angehören will, unter fachlicher Aufsicht und gegen ein geringes Entgelt Sport treiben kann. Darauf soll die körperliche Ertüchtigung des Volkes aufgebaut sein. Das Stadion ist für Höchstleistungen bestimmt, aber nicht für die Ertüchtigung der breiten Massen. Der Gedanke, in Wien ein Stadion zu bauen, reicht bis auf das Jahr 1912 zurück. 1914 sollte ein Stadion auf der Jesuitenwiese errichtet werden, doch der Krieg machte diesem Projekt ein Ende. Daneben gab es noch viele andere Projekte. Biesen ist man aber jetzt nicht mehr nachgegangen, sondern ihre Wahl viel auf den Prater. Wennauch die Errichtung des Stadions im Prater für die Praterhüttenbesitzer von grösster wirtschaftlicher Bedeutung sein mag, so kann ich ihre Wahl trotzdem nicht billigen. Der Verein für Praterschutz ist ebenfalls gegen Ihr Projekt, da herrliche Baumbestände, so zum Beispiel die wunderschöne Rusten, dem Bau des Stadions zum Opfer fallen müssen. Der Verein Praterschutz macht Ihnen nun den Vermittlungsvorschlag, das Stadion auf der Wasserwiese zu bauen. Es wäre übrigens auch interessant, zu erfahren, welche Kosten für das Stadion veranschlagt werden und über welche und wieviele Kampfbahnen und Lehr- und Übungsgelegenheiten das Stadion verfügen wird. Von vielen Seiten wird behauptet, dass der Bau eines Stadions für Sie auch von grossen parteipolitischen Interesse ist. Im Jahre 1931 ist die Arbeiterolympiade in Wien, der Sie Ihr Stadion schon zur Verfügung stellen wollen. Ihr Interesse am Körpersport ist nur ein parteipolitisches. Mit dem Schlagwort "Wir gehen auf die Ausbildung der breiten Massen aus" haben Sie versucht, die Wiener Sportsleute in Ihr Lager zu bringen. Sie haben aber auch alle Fehler der bürgerlichen Sportvereinigungen übernommen. Sie haben alles nachgemacht, so das Schwimmen quer durch Wien und dergleichen.

Gemeinderat Pfeiffer bespricht sodann die Kapperungen von Profispieler durch sozialdemokratische Sportvereine, so den Fall Dumser, der dabei nur Schaden gelitten hat. Er kritisiert sodann die ungleiche Steuermässige Behandlung, die den bürgerlichen und den sozialdemokratischen Sportverbänden zukommt. Während die bürgerlichen Vereine

Es wird gewiss einmal eine Zeit kommen, in der Sozialdemokraten in Wien nicht mehr tun und lassen können was sie wollen, eine Zeit in der auch ein Stadion objektiv verwaltet werden wird. Trotz aller Einwendungen, die wir hier gemacht haben, genehmigen wir die Vorlage. (Beifall).

Gemeinderat Prinke (E.L.) erklärt, dass es der Mehrheit dieses Hauses sehr unangenehm wäre, wenn im Jahre 1931 anlässlich der Arbeiterolympiade Wien kein Stadion hätte. Die Gemeinde besteuert den Sport ganz ungeheuerlich, hat aber bis jetzt für den Sport wenig getan. Der heutigen Mehrheit gebührt aber dafür das fragliche Verdienst den Sport verpolitisiert zu haben. Dies zeigt sich insbesondere bei der Subventionierung der Sportvereine. Man sagt einfach, dass den sozialdemokratischen Sportvereinen deshalb mehr gegeben werden müsse, weil sie sich Sportanlagen schaffen müssen. Die bürgerlichen Vereine haben sich unter unermesslichen Mühen ihre Sportplätze gebaut. Sie besitzen auch viel mehr Mitglieder als die sozialistischen Sportorganisationen. Trotzdem bekommen sie weniger Gemeindeunterstützung. Es wollen auch die Gerüchte nicht verstummen, dass dieses Stadion nur den sozialdemokratischen Sportorganisationen, vor allem dem Askö, zur Verfügung stehen wird. Es muss da schon etwas daran sein, denn es haben Versprechen bei Professor Tandler und dem Bürgermeister stattgefunden, über die nichts in die Öffentlichkeit gekommen ist. Wenn die Mehrheit dieses Stadion den sozialdemokratischen Sportvereinen zuschanzt, dann setzt sie damit nur ihrer parteipolitischen Verwaltung die Krone auf. Heute ist es so, dass Taxcheffelvereine, nur weil sie sozialistisch sind, eine Subvention bekommen, während beispielsweise die grosse Organisation des Reichsbundes der katholischen Jugend, die in Neuwaldegg eine herrliche Sportanlage hat, leer ausgeht. Wir stimmen der Vorlage zu, müssen aber verlangen, dass nur auf sachliche und fachliche Belange Rücksicht genommen werde. (Beifall bei der Minderheit).

GR. Körber (E.L.) erklärt, dass der Prater für das Stadion geeignet sei. Gewiss sind wir nicht so weit, als viele reichsdeutsche Mitbestädte. Aber es muss begrüsst werden, dass man endlich daran geht, ein Stadion zu bauen. Da zeigt sich aber, dass man schon seinerzeit unserem Verlangen nach einer zweigeleisigen Führung der Linie 11 entsprechen hätte sollen. Dazu muss es jetzt kommen, weil diese Verbindung notwendig ist um bis zu 80.000 Personen zu befördern. Im Zusammenhang mit dem Bau des Stadions taucht auch die Frage der Kanalisierung auf. Wir sind für diese Vorlage, hoffen aber, dass man uns nicht fertige Pläne vorlegt sondern auch uns hört. Eine parteipolitische Verwendung darf nicht eintreten. Wir haben das volle Recht zu verlangen, dass auch unsere Vereine dort aufgenommen werden. (Beifall).

St.R. Prof. Dr. Tandler stellt fest, dass alle Parteien mit der Errichtung des Stadions einverstanden sind. Schwieriger war die Platzfrage zu lösen. Es ist sehr schwer in Wien geeignete Bauplätze zu finden und noch schwerer war es, einen geeigneten Platz für das Stadion ausfindig zu machen. Unrichtig ist aber, dass die Gemeinde die bürgerlichen Sportvereine von ihren Plätzen verdrängt. Es wurden wohl 11 Sportvereine gekündigt. Davon sind aber 7 sozialdemokratische Vereine. Die Gemeinde ist aber immer bemüht, diesen Vereinen geeignete Plätze zu verschaffen. Was die Spielplatzfrage für die Jugend anlangt, so ist es sehr schwer zu einem befriedigenden Ergebnis zu kommen. Seit 4 Jahren herrscht die Gepflogenheit, dass während der Ferien durch Mitglieder des Jugendamtes die Kinder von der Strasse in die Spielplätze geführt werden. Das hat sich sehr bewährt und diese Einrichtung wird ausgebaut werden. Am 15. Oktober werden die Künstler, die zur Vorlage von Plänen für das Stadion aufgefordert worden sind, ihre Arbeiten vorlegen. Wir haben dem Sportbeirat noch ein eigenes Komitee beigegeben, in dem auch Vertreter der Minderheit sitzen, so dass beim Bau des Stadions alle Richtungen zum Wort kommen. Wir freuen uns, wenn das Stadion zur Arbeiterolympiade 1931 fertig sein wird, würden uns aber auch freuen, wenn die bürgerliche Olympiade 1936 in diesem Stadion veranstaltet werden würde. Dieses Stadion wird, so wie es sich gehört, allen Sportorganisationen ohne Unterschied der Parteirichtung zur Verfügung stehen (Lebhafter Beifall).

Die Vorlage wird einstimmig angenommen.

St.R. Weber referiert über die Wohnhausanlage XVIII., Neustift am Walde. Es gelangen 58 Wohnungen in der üblichen Ausstattung. Der Kostenbetrag macht 950.000 Schilling aus.

GR. Holaubek (E.L.) bemerkt, seine Partei habe grundsätzlich gegen den Plan keine Einwendung, da gerade in Neustift das Bedürfnis nach Erstellung von Wohnungen ein ganz besonders dringendes ist. Man soll aber mit dem Humbug aufräumen, dass die Bauten wirklich aus den Mitteln der Wohnbausteuer errichtet werden. Der Redner kritisiert die geplante Bauweise, indem er erklärt, es wäre viel zweckmässiger kleine Einzelhäuser statt einer geschlossenen Front zu erbauen und das würde auch in das Landschaftsbild von Neustift besser hineingehen. Auch ist sehr die Frage, ob der Baugrund geeignet ist, da die Gefahr von Wasserstauungen besteht. Die Gemeinde muss unter allen Umständen verhüten, dass es zu einer ähnlichen Katastrophe wie in Heiligenstadt kommt. Der Redner stellt schliesslich den Antrag, dass bei Vergebung von Wohnungen für diesen Bau in erster Linie die wohnbedürftigen Mieter dieses Bezirksteiles zu berücksichtigen sind. (Lebhafter Beifall bei der E.L.)

St.R. Weber verweist darauf, dass schon im Jahre 1913 der Gemeinderat die gleiche Stelle zu verbauen beschlossen hat und dass insbesondere auch durch Probebohrungen alle Vorkehrungen, dass ein Bauunglück nicht platzgreift, getroffen sind. Was die wahlstrategischen Betrachtungen des Gemeinderates Holaubek betrifft, so lasse ich mich darauf nicht ein, weil ich nicht gesonnen bin, hier eine Debatte heraufzubeschwören, wie sie gestern im Nationalrat stattgefunden hat. Ich lehne es, wie ich schon wiederholt erklärt habe, ab, aus politischen Gründen Wohnungen zuzuweisen, dass dies auch in Währing nicht der Fall ist beweist die Tatsache, dass in den Neubauten von Währing eine ganz beträchtliche Anzahl von Wählern der Einheitsliste sich befindet. Den Antrag des Gemeinderates Holaubek muss ich ablehnen, weil sonst jeder Bezirk verlangen würde, dass nur die Bewohner des betreffenden Bezirksteiles in den Neubauten dieses Bezirks untergebracht werden. (Lebhafter Beifall bei der E.L.)

Der Antrag des Referenten wird angenommen.

GR. Weber referiert über den Wohnhausbau XVI., Reitenbachergasse. Der Bau enthält 40 Wohnungen und ein Jugendheim. Die Baukosten betragen 550.000 Schilling.

BR. Millik (E.L.) kommt auf das Bauunglück in Prag zu sprechen und hebt hervor, er sei als Baumeister überzeugt, dass das Bauamt bei den privaten Bauten streng seines Amtes walte. Er müsse aber auf eine Gefahr aufmerksam machen, die bei privaten Wohnhäusern besteht und leicht zu einem Unglück führen kann. Bei Herstellung von Geschäftsportalen werden oft sämtliche Pfeiler im Parterre entfernt und schwache und mangelhaft isolierte Eisenständer verwendet. Namentlich eine Firma leistet sich auf diesem Gebiet unverantwortliche Dinge. Wenn man bedenkt, dass bei grossen Bränden Eisentraversen durch die Hitze gebogen wurden, kann man sich ausmalen, welche Gefahren da entstehen, wenn etwa in einem solchen Hause ein Brand ausbricht und die Ständer, die oft eine Spannweite von 4 bis 5 Meter haben, nachgeben. Als Mitglied des Gemeinderates fühle er sich verpflichtet, auf diese Gefahr aufmerksam zu machen. (Beifall bei der E.L.)

St.R. Weber bezeichnet die Ausführungen des Gemeinderates Millik als nicht sehr vorsichtig und bemerkt, der gute Ruf des Stadtbauamtes und die Tüchtigkeit der Baufachleute bürge dafür, dass jede Gefahr ausgeschaltet werde. Jedenfalls wird die Baupolizei zusammen mit der Baudirektion die erforderlichen Prüfungen vornehmen.

Der Referentenantrag wird angenommen.

Schluss der Sitzung 20<sup>45</sup> Uhr.

12. Oktober

315

## RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: 316  
Karl H o n a y

Wien, am Samstag, den 13. Oktober 1928

-----

Schweizer Lehrer studieren das Wiener Schulwesen. Seit einigen Tagen weilt eine Delegation des Erziehungsdepartements des Kantons Basel-Stadt unter Führung des Präsidenten des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt Dr. F. Hauser in Wien, um das hiesige Schulwesen eingehend kennen zu lernen. Der Lehrerverein Winterthur und Umgebung hat ebenfalls eine grössere Anzahl von Mitgliedern nach Wien entsendet, die auch schon seit einigen Tagen unter Führung des Präsidenten der Züricher Schulsynode Gassmann eine Reihe von Wiener Schulen besuchen. Die Gäste statteten heute dem Wiener Rathaus einen Besuch ab, wo sie im Stadtsenatssitzungssaale vom Bürgermeister Seitz begrüsst wurden. Präsident Dr. Hauser dankte für den überaus freundlichen Empfang, der den Gästen in Wien zuteil geworden war. Wir nehmen, sagte er, die Ueberzeugung mit nach Hause, dass in Wien Lehrer und Volk bestrebt sind, im Interesse der heranwachsenden Jugend Leistungen zu erzielen, die sonst nirgends erreicht werden. Nach dem Empfang, an dem auch der Präsident des Wiener Stadtschulrates Glöckel teilnahm, besichtigten die Gäste die Schauräume des Wiener Rathauses. In den letzten Tagen haben die Schweizer Lehrer auch städtische Wohnhausanlagen, dann die Kinderübernahmestelle, das Kinderherberge Schloss Wilhelminenberg sowie sonstige neue Gemeindeschöpfungen besucht, über die <sup>sie</sup> sich ungemein lobend aussprechen.

-----

Sitzungen im Rathaus. In der kommenden Woche tagt am Dienstag um 10 Uhr vormittags der Wiener Stadtsenat. Der Wiener Gemeinderat tritt am Freitag um fünf Uhr nachmittags zusammen.

-----

Wieder grosse Gemeindeaufträge. Der Gemeinderatsausschuss für Wohnungswesen hat kürzlich wieder grössere Arbeitsaufträge vergeben. Die Arbeitsvergebungen betreffen Erd-, Baumeister- und Eisenbetonarbeiten und machen insgesamt rund anderthalb Millionen Schilling aus. Der Gemeinderatsausschuss für Wohnungswesen vergab die Erd-, Baumeister- und Eisenbetonarbeiten für den Gemeindeneubau in der Laxenburgerstrasse im Betrage von 1'3 Millionen Schilling, für die neue Wohnhausanlage in der Khungasse im Ausmass von 91.100 Schilling und schliesslich für den Gemeindeneubau in der Göllnergasse im Betrage von 89.000 Schilling.

-----

Sitzungen von Bezirksvertretungen. Am Donnerstag, den 18. Oktober, um 6 Uhr abends halten die Bezirksvertretungen Neubau und Fünfhaus ihre nächsten Plenarsitzungen ab.

-----

Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum. In der Ausstellung des Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseums in der Volkshalle des Neuen Wiener Rathauses spricht morgen Sonntag um 10'30 Uhr vormittags Dr. Leo Stern über "Weltwirtschaft und Weltpolitik".

-----

## RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: 317  
Karl H o n a y

Wien, am Montag, den 15. Oktober 1928

-----  
Rückgang der Wiener Sterblichkeit. Die Magistratsabteilung für Statistik veröffentlicht soeben einen sehr interessanten Bericht über die Sterblichkeit der Wiener Bevölkerung. Es wird ein Vergleich zwischen der Sterblichkeit in den Jahren 1913 und 1928 gezogen. Daraus ergibt sich die erfreuliche Tatsache, dass die Sterblichkeit wesentlich zurückgegangen ist. So starben in Wien im Jänner 1913 in Prozenten 1'711, im Jänner 1928 dagegen nur 1'606 Menschen. In den folgenden Monaten des Jahres 1928 sinkt die Sterblichkeit im Vergleich zu 1913 ununterbrochen und erreichte im August 1928 den tiefsten Stand, nämlich 1'097 gegenüber 1'251 im August 1913. Die statistische Abteilung hat dazu die Bevölkerung in der angegebenen Zeit errechnet. Im Jänner 1913 zählte Wien 2,098.325 Einwohner, im Jänner 1928 nur 1,860.757. Im August 1913 wurde die Einwohnerzahl mit 2,100.469 errechnet, gegenüber 1,857.329 im August 1928.

-----  
Jubilare der Ehe. Vergangenen Samstag überreichte in Vertretung des Bürgermeisters amtsführender Stadtrat Julius Linder den Ehepaaren Franz und Elisabeth Andre, Franz und Anna Atzinger, Josef und Hermine Hahn, Julius und Sophie Hawerda, Egyd und Leopoldine Janak, Josef und Marie Jonak und Ignaz und Karoline Watzek anlässlich ihrer goldenen Hochzeit die Ehrengabe der Stadt Wien.

-----  
Der englische Rotary-Club in Wien. Vor einigen Tagen ist eine grössere Anzahl von Mitgliedern des englischen Rotary-Clubs zum Besuche des Wiener Rotary-Clubs nach Wien gekommen. Die Klubmitglieder entstammen allen Wirtschafts- und Berufskreisen. Die Klubs haben die Eigenheit, dass jedes Gewerbe und jeder Beruf nur mit einem Mitglied im Klub vertreten sein darf. Die Mitglieder des englischen Rotary-Clubs statteten heute mittags unter Führung des Präsidiums des Wiener Rotary-Clubs dem Wiener Rathaus einen Besuch ab. Sie wurden im Salon des Bürgermeisters von Bürgermeister Seitz empfangen, der in seiner Begrüßungsrede insbesondere die Tätigkeit der Klubs im Interesse des Friedens würdigte. Im Namen der Gäste dankte der Bürgermeister von Doncaster Warrant für den freundlichen Empfang, der den Gästen in Wien zuteil geworden war. Die Reiseteilnehmer sind von der Schönheit Wiens entzückt und die neuen Schöpfungen der Wiener Stadtverwaltung insbesondere auf dem Gebiete der Wohnbautätigkeit haben auf die Gäste den tiefsten Eindruck gemacht. Die Reden wurden vom Präsidenten a. D. Sektionschef Dr. Vetter in die englische und in die deutsche Sprache übersetzt.

-----  
Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum. In der Ausstellung des Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseums in der Volkshalle des Neuen Wiener Rathauses findet morgen Dienstag um 17'30 Uhr eine allgemeine Führung statt.

-----  
Wiederbelegung von Schachgräbern im Döblinger Friedhof. Vom 1. Dezember an werden die Schachgräber der Gruppe XXIII, Reihe 1 - 6, im Döblinger Friedhof wiederbelegt. Enterdigungen von Leichenresten aus diesen Gräbern sind nur vor der Wiederbelegung zulässig; die bezüglichen Gesuche sind bis längstens 20. November bei der Magistratsabteilung 12 einzubringen. Nach dem 1. Dezember werden von den obenbezeichneten Gräbern die Grabkreuze auf Kosten und Gefahr der Eigentümer abgeräumt und an entsprechender Stelle gelagert.

-----

## RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: 318  
Karl H o n a y

Wien, am Dienstag, den 16. Oktober 1928

-----  
Ausgestaltung der elektrischen Strassenbeleuchtung. Im Zuge der Ausgestaltung der Wiener elektrischen Strassenbeleuchtung werden in der nächsten Zeit die Gartenanlage Währingergürtel und die Gehaltee zwischen der Schulgasse und der Canongasse mit elektrischer Beleuchtung ausgestattet.

-----  
Republikfeiern für die erwerbstätige Jugend. An den Wiener Fortbildungsschulen wird die Zehnjahrfeier der Republik festlich begangen werden. Der Fortbildungsschulrat für Wien hat an die Schulleitungen und Lehrpersonen eine Aufforderung gerichtet, in der es heisst, dass trotz der ungünstigen Voraussetzungen, die in dem Eintagsbetrieb der Fortbildungsschulen ihre Ursache finden, das Jubiläum der Republik in festlicher Weise begangen werden soll. Verstand und Herz binden Schüler und Lehrer im gleichen Mass an das einzige Gut, an das republikanische Vaterland. Dieses der Jugend nahebringen und es unverlierbar in ihrem Herzen zu verankern, soll der Sinn jeder Schulfest sein, die anlässlich des zehnjährigen Bestandes der Republik veranstaltet wird. Der Fortbildungsschulrat erwartet von der Lehrerschaft, dass sie sich selbst von der Liebe zur Republik erfüllt, dieser Aufgabe mit Hingebung unterzieht, um auf diese Weise die Republikfeier zu einer bleibenden Erinnerung im Leben der Schüler zu gestalten.

-----  
Anfechtung der Verordnung zum Hauptschulgesetz. Einige Blätter melden, dass gestern die Verhandlung vor dem Verfassungsgerichtshof über die Anfechtung der Durchführungsverordnung zum Hauptschulgesetz durch die Wiener Landesregierung stattgefunden hat und dass am 20. Oktober das Erkenntnis verkündet wird. Dem gegenüber wird festgestellt, dass die von der Wiener Landesregierung beim Verfassungsgerichtshof angefochtene Stelle der Verordnung bereits vom Bundesministerium für Unterricht im Sinne der Anfechtung abgeändert wurde, weshalb die Wiener Landesregierung ihre Anfechtung zurückgezogen hat. Die für heute anberaumte Verhandlung hat infolgedessen gar nicht stattgefunden und es kann selbstverständlich auch von einer Erkenntnisverkündung keine Rede sein.

-----  
Herbstwaldlauf 1928 der Wiener Fortbildungsschüler. Die Sportgruppe der Wiener gewerblichen Fortbildungsschulen bringt ihren diesjährigen Herbstwaldlauf im Walde von Mauer bei Wien am 21. Oktober zur Durchführung. Die Teilnehmer und Teilnehmerinnen versammeln sich um 9'30 Uhr vormittags bei der Endstation der Linie 60. Teilnahmeberechtigt sind alle Fortbildungsschüler und Fortbildungsschülerinnen, die sich mit einer ordnungsgemäss ausgestellten Schülerschülerinnenkarte legitimieren. Die Nennungen werden in der Kanzlei der Sportgruppe jeden Dienstag, Mittwoch und Freitag von 18 bis 20 Uhr und auch am Start entgegengenommen. Die Sieger erhalten Diplome. Nach dem Waldlauf wird eine Schnitzeljagd veranstaltet. Bei ungünstiger Witterung findet die Veranstaltung am 28. Oktober statt.

-----  
Bezirksvertretung Wieden. Die nächste Plenarsitzung der Bezirksvertretung Wieden findet am Dienstag, den 23. Oktober, um 16'30 Uhr im Sitzungssaale des Gemeindehauses Wieden statt.

Zwei neue städtische Autobuslinien.Volksoper-Amalienbad und Westbahnhof-Praterstern.

Der Gemeinderat wird am Freitag die Eröffnung von zwei neuen Autobuslinien beschliessen. Es ist nun ein Teil der grossen Autobusse geliefert worden und dadurch wird vorläufig die Eröffnung von zwei Linien ermöglicht. Die Linienführung ist bereits festgelegt. Eine Linie wird von der Volksoper über die Währingerstrasse- Schottengasse- Herrengasse- Reitschulgasse- Augustinerstrasse- Mahlerstrasse- Akademiestrasse- Argentinierstrasse- Wiednergürtel- Südtirolerplatz- Favoritenstrasse bis zum Reumannplatz (Amalienbad) geführt. Sie zerfällt in folgende Teilstrecken:

Volksoper - Boltzmannsgasse  
Boltzmannsgasse - Schottenring  
Schottenring - Michaelerplatz  
Michaelerplatz - Kärntnerring  
Kärntnerring - Taubstummengasse  
Taubstummengasse - Südtirolerplatz  
Südtirolerplatz - Amalienbad.

Die zweite Linie vom Westbahnhof zum Praterstern wird vom Westbahnhof über Neubaugürtel- Mariahilferstrasse- Babenbergerstrasse- Burgring- Burg- Michaelerplatz- Kohlmarkt- Tuchlauben- Marc Aurelstrasse - Morzinplatz - Kai- Hollandstrasse- Kleine Sperlgasse- Glockengasse- Rote Sterngasse- Praterstrasse bis zum Praterstern geführt. Sie zerfällt in folgende Teilstrecken:

Westbahnhof - Kirchengasse  
Kirchengasse - Burgring  
Burgring - Graben  
Graben - Morzinplatz  
Morzinplatz - Karmeliterplatz  
Karmeliterplatz - Praterstern.

Die Fahrpreise.

Während der Fahrplanmässigen Betriebszeit an Werktagen zahlt jeder Fahrgast über eine oder zwei Teilstrecken zwanzig Groschen, über drei Teilstrecken 30 Groschen, über 4 Teilstrecken vierzig Groschen und über fünf oder mehr als fünf Teilstrecken fünfzig Groschen. Eine Fahrt innerhalb des vom Ring und Kai umschlossenen Gebietes der Inneren Stadt über eine Teilstrecke, jedoch nur im direkten Wagen kostet 10 Groschen. Der Fahrpreis für eine Fahrt über das vom Ring und Kai umschlossene Gebiet der Inneren Stadt nach aussen oder umgekehrt über zwei oder drei Teilstrecken beträgt 30 Groschen.

Umsteigerverkehr auf die Strassenbahn und Stadtbahn.

Ein Fahrschein für fünf und mehr als fünf Teilstrecken, der 50 Groschen kostet, berechtigt zum einmaligen Umsteigen vom Autobus auf die Strassenbahn oder Stadtbahn; auf der Strassenbahn oder Stadtbahn kann der Fahrgast dann so oft umsteigen, als es zur Erreichung des Fahrzieles notwendig ist. Ein Umsteigen von der Strassenbahn oder Stadtbahn auf den Autobus ist nicht vorgesehen. Das Umsteigen von den alten Autobusstadtlinien auf die neuen Linien ist einmalig zulässig.

Die zwei neuen Linien dürften in ungefähr 14 Tagen eröffnet werden.

Wien, am Mittwoch, den 17. Oktober 1928

-----

Umgestaltung der Schulklassen zu Arbeits- und Lebensgemeinschaften. Im Zuge der Fortführung der Schulreform im Sinne der Erziehung zur Gemeinschaft finden am kommenden und übernächsten Freitag im grossen Hörsaal des Elektrotechnischen Institutes Beratungen der Vertreter sämtlicher Lehrer der Volks-, Haupt- und Sonderschulen sowie der Lehrer- und Lehrerinnenbildungsanstalten Wiens über die Umgestaltung der Schulklassen die Arbeits- und Lebensgemeinschaften statt. Die Möglichkeiten der Durchführung der Reform der Schulerziehung wurden in Wien von 377 Versuchsklassenlehrern gründlich studiert und in pädagogischen Versuchen praktisch erprobt. Nun soll sich die gesamte Lehrerschaft mit den Fragen der Erziehung zur Gemeinschaft beschäftigen. Die Beratung leitet ein ausführliches Referat über die Ergebnisse der pädagogischen Versuchsanstalt in Wien ein. Dann wird sich die Lehrerschaft mit verschiedenen Einzelfragen beschäftigen.

-----

Ein neuer Wohnhausbau der Gemeinde in Döbling. Der Gemeinderatsausschuss für Wohnungswesen hat gestern nach einem Bericht des amtsführenden Stadtrates Weber den Bauentwurf für einen neuen städtischen Wohnhausbau in Döbling in der Diengasse genehmigt. Die Baupläne hat Architekt Professor A. Castelliz entworfen. Die neue Wohnhausanlage wird insgesamt 35 Wohnungen enthalten.

-----

Gemeindevermittlungsamt Neubau. Im November finden die Sühneverhandlungen beim Gemeindevermittlungsamt Neubau am 7., 14., 21. und 28. November statt. Die Verhandlungen, die vom Bezirksvorsteher Ohrfandl geführt werden, beginnen um 10'30 Uhr vormittags.

-----

Filmaufnahmen auf der Strasse sind an eine besondere Bewilligung gebunden. Der Wiener Magistrat hat eine Kundmachung erlassen, wonach im Wiener Gemeindegebiet Filmaufnahmen auf den Strassen und sonstigen allgemein zugänglichen Plätzen verboten sind, wenn nicht eine besondere Bewilligung des Magistrates eingeholt und erteilt worden ist. Um die Bewilligung ist bei der Magistratsabteilung 52 unter Beifügung einer ausführlichen Inhaltsangabe des zur Aufnahme gelangenden Filmwerkes einzuschreiten.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw.Redakteur: 321  
Karl Ho n a y

Wien, am Donnerstag, den 19.Oktober 1928

-----  
Absperrung der Zweiten Hochquellenleitung. Wegen dringender Bauarbeiten wird am nächsten Samstag und Sonntag die zweite Hochquellenleitung abgesperrt. An den beiden Tagen beschränkt sich die Wasserversorgung nur auf die Zuflüsse aus der ersten Hochquellenleitung. Der Magistrat ersucht daher die Bevölkerung, am Samstag und Sonntag mit dem Wasser nach Tunlichkeit zu sparen. Die Bespitzung der Strassen und der Gartenanlagen unterbleibt ebenfalls während der Absperrung.

-----  
Neue Arbeitsaufträge der Gemeinde Wien. In der letzten Zeit hat die Wiener Stadtverwaltung in kurzen Zwischenräumen bedeutende Arbeitsaufträge an die Industrie und an das Gewerbe vergeben. Die letzten grösseren Aufträge im Gesamtausmass von 1'2 Millionen Schilling wurden vom Gemeinderatsausschuss für technische Angelegenheiten vor kurzem vergeben. Der Gemeinderatsausschuss für technische Angelegenheiten gab im Betrag von 610.000 Schilling Strassenherstellungsarbeiten in Auftrag, die Erweiterungsarbeiten im Herderpark in Simmering machen 330.000 Schilling aus und für 72.000 Schilling wurden Hollgewichtswaagen und Pendelzentrifugen für den städtischen Wäschereibetrieb in der Schwenkgasse bestellt. Schliesslich wurden für 52.000 Schilling Baumeisterarbeiten für die Vergrösserung der Vorkühnhalle im Schlachthof St. Marx, für 47.000 Schilling Installationsarbeiten für die öffentliche elektrische Strassenbeleuchtung, für 40.000 Schilling die Baggerung einer Fahrrinne an der Mündung des Freudenaauer Hafens und endlich für 30.000 Schilling Kanalinstallationsarbeiten vergeben.

-----  
Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum in Wien. In der Ausstellung des Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseums in der Volkshalle des Neuen Wiener Rathauses findet morgen Freitag um 17'30 ULR eine allgemeine Führung statt.

-----  
Der Wanderhandel mit Wagen gestattet. Vor Jahresfrist hat der Bürgermeister auf Einschreiten der sasshaften Gewerbetreibenden und der

Gesundheits- und Marktbehörden eine Verordnung erlassen, die den Obsthandel mit Wagen und Pferden in den Strassen verbietet. Gegen eine Strafe wegen Uebertretung dieses Verbotes hat eine solche Wanderhändlerin beim Verfassungsgerichtshof Beschwerde eingelegt. Der Verfassungsgerichtshof hat nun am Mittwoch die Verordnung aufgehoben und entschieden, dass der Bürgermeister wohl berechtigt ist, den ganzen Wanderhandel zu untersagen, aber nicht eine bestimmte Form des Wanderhandels. Dadurch sind nun jene Personen, die hiefür die Gewerbeberechtigung besitzen, zur Ausübung des Wanderhandels mit Obst in Wagen auf den Strassen Wiens wieder befugt.

R A T H A U S K O R R E S P O N D E N Z

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
Karl H o n a y

322

Wien, am Freitag, den 19. Oktober 1928

.....  
Verkehrsvorschriften für Kraftfahrzeuge. Die Vorarlberger und die Wiener Landesregierung haben beim Verfassungsgerichtshof gemäss Artikel 138, Absatz 2, der Bundesverfassung den Antrag auf Feststellung gestellt, dass die Erlassung von Verkehrsvorschriften für Kraftfahrzeuge auf anderen als Bundesstrassen dem Bund nur hinsichtlich der Grundsätze zukomme, während der Ländern auf diesem Gebiete das Recht der Ausführungsgesetzgebung zusteht. Die Bundesregierung war der Meinung, dass diese Verkehrsvorschriften ausschliesslich der Bund zuerlassen habe, weil es sich hier nicht um eine strassenpolizeiliche Angelegenheit, sondern um eine solche des Kraftfahrwesens handle. Der Verfassungsgerichtshof hat in seinem Erkenntnis die Meinung zum Ausdruck gebracht, dass er auf Grund des Artikels 138, Absatz 2, der Bundesverfassung zur beantragten Feststellung, ob dem Bund das volle oder nur ein auf die Erlassung von Grundsätzen beschränktes Gesetzgebungsrecht zustehe, nicht zuständig sei.

.....  
Magistratsdirektor a. D. Moriz Preyer gestorben. Am Mittwoch ist in Mödling der Magistratsdirektor a. D. Moriz Preyer im 89. Lebensjahr gestorben. Der Verstorbene war in den Jahren 1901 und 1902 Magistratsdirektor der Stadt Wien. Das Leichenbegängnis findet morgen Samstag auf besonderen Wunsch des Verstorbenen in aller Stille auf dem Mödlinger Friedhof statt.

.....  
Ausgestaltung der elektrischen Strassenbeleuchtung. Im Zuge der Ausgestaltung der Wiener elektrischen Strassenbeleuchtung werden in Ottakring die Liebhardtgasse, der Hofferplatz, die Neumayergasse, Nödlgasse und der Ludo Hartmannplatz und in Floridsdorf die Schöpfleuthnergasse und die Leopold Ferstlgasse mit der elektrischen Beleuchtung ausgestattet.

.....  
Bezirksvertretung Favoriten. Die nächste Plenarsitzung der Bezirksvertretung Favoriten findet am Freitag, den 26. Oktober, um 16 Uhr statt.

.....

Wien, am Freitag, den 19. Oktober 1928. Zweite Ausgabe

## W I E N E R G E M E I N D E R A T

Sitzung vom 19. Oktober 1928.

Bürgermeister Seitz eröffnet nach 4 Uhr nachmittags die Sitzung. Es wird die Vorlage über die Eröffnung und den Tarif der beiden neuen Autobuslinien Volkoper-Reumannplatz (Amalienbad) und Westbahnhof-Praterstern verhandelt. Referent Vizebürgermeister Emmerling bemerkt einleitend, dass der Gemeinderat im Jahre 1927 den Ankauf von hundert Autobussen und den Bau der notwendigen Garagen beschlossen hat. Der Autobus wird immer mehr zu einem beliebten Verkehrsmittel, insbesondere in den Grosstädten. Ein Teil der bestellten Autobusse ist nun geliefert. Vorläufig sollen die beiden Linien geführt werden, deren Ausbau in absehbarer Zeit erfolgen wird. So soll vor allem die Linie Praterstern-Westbahnhof bis nach Hietzing geführt werden. Der Autobusbetrieb wird keineswegs einen Ertrag aufweisen, weil der Tarif zwangsmässig gegeben ist. Für eine Zone sollen zehn Groschen angehoben werden, wobei der Mindesttarif zwanzig Groschen ist. Der Autobusbetrieb muss mit der Konkurrenz der Strassenbahn rechnen. Bei der Strassenbahn handelt es sich um einen längst eingeführten Betrieb und um abgeschriebene Werte, beim Omnibus um eine neue Einrichtung mit grossen Investitionen. Auch die Strassenbahn hat vor dem Krieg den Zonentarif gehabt, wobei ebenfalls der Mindesttarif vierzehn Heller für zwei Zonen war. Es ist ein neuer Weg zur Ausgestaltung des grosstädtischen Verkehrs und man weiss nicht, wie die Bevölkerung sich zu diesem Verkehrsmittel stellen wird. Im innerstädtischen Autobusverkehr haben wir gute Erfahrungen gemacht, was insbesondere auf die kurzen Intervallen von vier bis sechs Minuten zurückzuführen ist. Auch bei den beiden neuen Linien wird dieselbe Intervalle eingeführt. Schwierig ist auch die Frage der Aufstellungsplätze. Vor allem kommt hier die Mariahilferstrasse in Betracht und ist diese Frage noch nicht gelöst. Die Wagen sind sehr gross, sie fassen 34 Sitzplätze und 16 Stehplätze. Keine der beiden Linien wird über den Stephansplatz geführt, weil dort bereits der innerstädtische Autobusverkehr besteht und schon jetzt Verkehrsschwierigkeiten zu überwinden sind. Der Höchsttarif wird mit fünfzig Groschen vorgeschlagen. Mit dieser Karte hat der Fahrgast das Recht auf die Strassenbahn und Stadtbahn umzusteigen. Selbstverständlich berechtigt diese Karte auch zum Umsteigen von einer Autobuslinie auf die andere, jedoch nicht vom Strassenbahnwagen auf den Autobus. Der Betriebsbeginn wird um halb acht Uhr früh ab Ring sein und um halb acht Uhr abends sollen die letzten Wagen den Ring passieren.

GR. Scholz (E.L.) bemerkt, die Mehrheit habe in der Wahlbewegung des Jahres 1927 der Bevölkerung 150 neue Autobusse versprochen es dauere aber schon 1 1/2 Jahre, ehe man von einem Autobus auch nur etwas sieht. Mit den in Bestellung gegebenen 100 Autobussen werden im ganzen nur 6 Linien betrieben werden können, was bei der Wiener Verkehrsmisère sehr wenig bedeutet. Die Trassenführung der beiden jetzt in Beratung stehenden Autolinien ist ungünstig gewählt. Man will solche Kolosse, wie Autobuswagen mit 50 Personen Fassungsraum über die ohnehin durch den Verkehr schon ausserordentlich belastete Währingerstrasse und gar über die Mariahilferstrasse führen, auf der sich der Verkehr heute nur mehr im Schritt vollzieht. Der Tarif ist willkürlich festgesetzt. Für die neuen Linien wird der bisher bestandene Einheits-

tarif für zehn Groschen für etwa einen Kilometer aufgelassen, dass heisst diejenigen die aus der Stadt in den äusseren Bezirk wollen, werden damit bestraft, dass sie zwanzig Groschen zahlen müssen. Gerade für die Kurzfahrer wird der Tarif verteuert. Ferner wird der Vorverkaufstariff fallen gelassen. Der Redner kritisiert ferner den späten Betriebsbeginn und den zu frühen Betriebsschluss auf den beiden Linien und stellt sodann eine Reihe von Anträgen und zwar: Den Tarif für eine Teilstrecke mit 10 Groschen für zwei Teilstrecken mit 20 Groschen festzusetzen, ferner den Vorverkauf von Autobuskarten zuzulassen und die Fahrpreise von zehn, zwanzig und dreissig Groschen im Vorverkauf um je zwei Groschen und die zu vierzig und fünfzig Groschen um je vier Groschen zu ermässigen, den Betriebsbeginn auf den beiden Linien mit 6 Uhr früh und den Betriebsschluss erst nach Ankunft des letzten Schnellzuges auf der betreffenden Bahn festzusetzen, die Linien auch an Sonntagen zu führen und an Sonntagen und Feiertagen die Autobuslinie Amalienbad-Volkoper bis zur Endstation Pötzleinsdorf zu verlängern. Zum Schlusse verweist er darauf, dass in Berlin die sogenannten kombinierten Karten, die bei uns jetzt 50 Groschen kosten werden, nur 20 Reichspfennige kosten und dass dort keinerlei Beschränkung im Bezug auf das Umsteigen von der Schnellbahn und Strassenbahn auf den Autobus besteht (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei der E.L.)

GR. Angermayer (E.L.) bemerkt, seine Partei begrüsse die Vermehrung des Autobusverkehrs, sei sich aber darüber klar, dass die Verkehrsfrage in Wien nicht durch eine Vermehrung der Autobuslinien, sondern erst durch den Bau der Untergrundbahn gelöst werden kann. Gerade die Stadt Wien, die einen allerersten Fachmann an der Spitze ihres Bauamtes hat, dessen Lebensaufgabe förmlich der Bau der Untergrundbahn ist, rührt sich in dieser Frage nicht. Die heutige Mehrheit müsste sich mit der Frage des Baues der Untergrundbahn ehebaldigst beschäftigen und diese Frage lösen allerdings ohne dass dadurch die Bevölkerung mit neuen Steuern oder mit Steuererhöhungen belegt wird. Der Redner kritisiert sodann die Anträge bezüglich der beiden Autobuslinien vom verkehrstechnischen Standpunkt und bezeichnet es als eine Ungeheuerlichkeit, dass die eine Linie über den ohnehin durch den Verkehr schon so belasteten Kohlmarkt, die Tuchlauben und die abschüssige Marc Aurelstrasse geführt wird. Ganz unverständlich sei es aber, dass die Linie Volkoper-Reumannplatz über die ausserordentlich belebten und sehr schmalen Gassen, wie die Schottengasse-Herrngasse und gar die Augustiner- und Reitschulgasse geführt werden. Man wird dort statt Haltestellen, Rettungstationen für die Fussgänger errichten müssen. Hier ist über den Kopf der Bezirksvertretung einfach hinweggegangen worden. Gemeinderat Angermayer stellt den Antrag hinsichtlich der Linie Reumannplatz-Volkoper an den Stadtssenat behufs neuerlichen Studiums der Fahrtlinien zurückzuleiten. Schliesslich führt er Beschwerde, über die stiefmütterliche Behandlung von Margareten hinsichtlich des Strassenbahnverkehrs und verlangt eine Verdichtung des Verkehrs auf den Linien 61 und 63 und die möglichst baldige Inbetriebnahme einer Autobuslinie über Margareten. (Lebhafter Beifall bei der E.L.)

Vorsitzender Weigl macht darauf aufmerksam, dass in der neuen Geschäftsordnung Rückverweisungsanträge nicht vorgesehen sind, und dass er daher den Rückverweisungsantrag des Gemeinderates Angermayer nicht zur Abstimmung bringe.

GR. Binder (E.L.) bemerkt, die Mehrheit habe lange gebührend um zur Verbesserung der skandalösen Wiener Verkehrsverhältnisse, etwas, wenn auch nur sehr bescheidenes zu tun.

Zweiter Bogen.

Der Redner kritisiert dann den Verkehr in der Triesterstrasse, wo in verkehrreichen Stunden die Fahrgäste auf der Strassenbahn auf den Trittbrettern und Puffern stehen müssen. Auch die Verkehrsverhältnisse auf der Landstrasse müssen ehestens verbessert werden. Es sei unbedingt notwendig, den Verkehr auf den Linien F und J zu verdichten und insbesondere während des Friedhofsverkehrs zum Zentralfriedhof einen Autobusverkehr einzurichten. (Beifall).

GR. Gschladt (E.L.) wünscht ebenfalls, dass die neuen Autobuslinien sowohl vom Westbahnhof bis nach Hietzing als auch von der Volksoper bis nach Pötzleinsdorf verlängert werden. Der Gemeindeverwaltung ist der Vorwurf zu machen, dass die Bezirksvertretungen nicht in die Lage gebracht wurden, zu dem Projekt des Autobusverkehrs Stellung zu nehmen. Diese Bagatellisierung der Bezirksvertretungen ist eine aklatante Verletzung des demokratischen Verwaltungsprinzips. (Beifall).

GR. Angermayer (E.L.) stellt nun den Vertagungsantrag.

Dazu nimmt der Referent Stellung, der sich gegen den Antrag ausspricht.

Der Vertagungsantrag wird abgelehnt.

In seinem Schlusswort erklärt Vizebgm. Emmerling, dass die vorgebrachten Bedenken gegen die Führung der zwei neuen Autobuslinien ganz grundlos sind. Ebenso ist auch der Vorwurf, die Gemeindeverwaltung habe nichts für eine Verbesserung des Verkehrs getan, ganz unberechtigt. Der Wagenpark der städtischen Strassenbahnen wurde bis jetzt schon um hundert neue Wagen verstärkt, bis Ende Jänner 1929 werden weitere 200 Wagen in Verkehr gestellt und überdies sind noch 60 neue Wagen in Bestellung. Bis Ende Jänner werden also im Strassenbahnverkehr 300 neue modernste Wagen in Verkehr gesetzt werden. Des weiteren sind hundert Autobusse bestellt, mit den jetzt schon angelieferten werden die zwei Linien eröffnet und sobald die weiteren Wagen fertig sein werden, wird der Gemeinderat die Führung anderer neuer Autobuslinien beschliessen. Auf die Bemerkung des Gemeinderates Scholz, dass die Berliner billiger fahren, erklärt Vizebgm. Emmerling, dass die Wiener Stadtverwaltung vom geschäftlichen Standpunkt aus, gleich dem Berliner Tarif übernehmen würde. Das würde aber für die breiten Massen ein schwerer Schlag sein. Denn es gebe dann keine Wochenkarten mehr, keinen Frühfahrchein mehr, keinen Kiddyfahrchein mehr und auch die sonstigen Begünstigungen würden wegfallen, weshalb, da die Wiener Gemeindeverwaltung in der Verkehrspolitik vom Interesse für die breiten Massen geleitet ist, die Berliner Tarife abgelehnt werden müssen. Berlin hat auch grössere Durchschnittseinnahmen. In Wien sind die Durchschnittseinnahmen beträchtlich gesunken, da wir eben mit Rücksicht auf die breiten Massen mit einem bedeutend billigeren Tarif arbeiten. Bezüglich der angeregten Autobuslinie nach Simmering-Zentralfriedhof stellt der Redner fest, dass schon zu den kommenden Allerheiligen ein verstärkter Autobusverkehr vom Schwarzenbergplatz zum Zentralfriedhof geführt wird. (Beifall bei der Mehrheit).

Der Referentenantrag wird angenommen, die Anträge des Gemeinderates Scholz abgelehnt.

ST. R. Weber ersucht um Genehmigung des Entwurfes für eine neue städtische Wohnhausanlage in der Schüttaustrasse. Der Wohnhausbau ist im Rahmen des Wohnbauprogrammes 1928 vorgesehen. Die Gesamtanlage wird 730 bis 750 Wohnungen enthalten. Für die Erbauung der Anlage wurde auch ein beschränkter Wettbewerb ausgeschrieben. Vorerst wird der Bauteil mit etwa 197 Wohnungen gebaut.

ST. R. Kunschak (E.L.) kommt zunächst auf die Abstimmung über die <sup>betreffend</sup> Anträge/der beiden "Autobuslinien zurück und stellt fest, dass bei der Abstimmung über die beiden Worte "an Werktagen" die nach einem Antrag des Gemeinderates Scholz gestrichen werden sollen, was zur Folge hat, dass der Verkehr auch an Sonn- und Feiertagen betrieben wird, die Majorität für diese Worte nicht gestimmt und nur irrtümlich einige Mitglieder der Minderheit dafür gestimmt haben. Die Abstimmung müsse deshalb entweder in Ordnung gebracht werden oder wenn es bei der durchgeführten Abstimmung bleiben soll, müssen die Worte "an Werktagen" aus der Vorlage gestrichen werden.

Den in Beratung stehenden Gegenstand nehme der Redner zum Anlass, um einen wiederholt ausgesprochenen Wunsch der breiten Bevölkerung zum Ausdruck zu bringen. Es wäre dringend notwendig, dass über die Wohnhausbauten, von denen in jeder Sitzung einige mit einem gewaltigen Kostenaufwand beschlossen werden, Abrechnungen vorgelegt werden. Es werden wohl von Zeit zu Zeit dem Ausschuss Abrechnungen vorgelegt, die aber den Mitgliedern nicht zur Überprüfung eingehendigt werden. Das ist keine Rechnungslegung, auch sind diese Rechnungen nicht vollständig, da gewisse Dinge auf Spezialkonto gehen. Wir verlangen, dass dem Gemeinderat, zumindest aber dem Finanzausschuss über die Wohnhausbauten Bericht erstattet wird. Die Überprüfung durch das Kontrollamt allein genügt nicht, zumal sich namentlich hinsichtlich der Heiligenstädter Bauten ergeben hat, dass diese Bauten in rechnerischer Hinsicht ganz unübersichtlich sind, andererseits aber volle Klarheit notwendig ist.

Sodann kommt Gemeinderat Kunschak auf die Ausführungen des Gemeinderates Millik in der letzten Gemeinderatssitzung zurück, der darauf aufmerksam gemacht habe, dass bei Rekonstruktionsbauten in Wien, so weit sie an alten Baubeständen in Wien vorgenommen werden, eine unzulässige Vorgangsweise zu beobachten ist, die befürchten lässt, dass bei aussergewöhnlichen Anlässen sich schwere Baugeschehen und vielleicht auch Baukatastrophen einstellen können. Gemeinderat Schleifer hat dem Gemeinderat Millik den Zwischenruf gemacht, er beunruhige die Bevölkerung damit (Lebhafte Zwischenrufe bei den Christlichsozialen: Was ist es mit dem Cafe Frückl?). Dieser Vorwurf wäre vielleicht zu ertragen, wenn die Angaben des Gemeinderates Millik nicht der Wahrheit entsprechen, oder übertrieben gewesen wären. Im konkreten Falle hat aber das Stadtbaumeisteramt sofort am nächsten Tag sich über die Angabe unter Beiziehung des Gemeinderates Millik sich zu vergewissern versucht, ein Vorgang der sehr anzuerkennen ist. Die Erhebungen haben ergeben, dass die Angaben des Gemeinderates Millik auf Wahrheit beruhen (Hört? Hört! bei der E.L.) und haben in einem konkreten Falle auch zur Sistierung der Bauarbeiten geführt. Auch für diese Umsicht und dieses energische Einschreiten danken wir dem Baumeisteramt und wir schöpfen aus diesem Vorgehen des Baumeisters Beruhigung. Ich komme auf diese Vorgänge zurück, nicht um das Ansehen des Gemeinderates Millik gegenüber dem Gemeinderat Schleifer zu verteidigen. Gemeinderat Schleifer hat nach den heutigen Zeitungsberichten den Beweis erbracht, dass er es versteht, als Cafehausgast unliebsam aufzutreten (Heiterkeit und Beifall bei der E.L.). - Zahlreiche Zwischenrufe bei der Inhaltsliste: Wer beunruhigt?! -)

GR. Dr. Kolassa: Der bringt Beruhigung für die Bevölkerung!

D R I T T E R B O G E N

GR. Werbau: Als Zechpreller war er dort! (Lebhafte Zwischenrufe und Entrüstungsrufe links)

GR. Schleifer: Er hat gesagt, ich bin ein Zechpreller! Das ist eine Gemeinheit! (Anhaltende Zwischenrufe und Unruhe)

Vorsitzender Weigl ersucht, beleidigende Zwischenrufe zu unterlassen).

GR. Kunschak bemerkt, er sei auf die Ausführungen des G.R. Millik zurückgekommen um durch die Aufzeigung der Tatsachen, die dann gefolgt sind, auf die Wiener Bevölkerung beruhigend zu wirken. Es wird eine Beruhigung für die Bevölkerung sein, wenn sie weiss, dass das Stadtbauamt zeigerecht und mit Energie einzugreifen versteht. Einem Gemeinderat, der auf solche Dinge hinweist, gebührt nur Anerkennung. Auch im Falle der Heiligenstädter Bauten haben wir durch unsere Kritik das Eintreten einer Katastrophe verhindert. Wir werden, wenn wir es für notwendig halten, auch in Zukunft unsere Kritik vorbringen, selbst auf die Gefahr, den Beifall des Gemeinderates Schleifer nicht zu finden. (Heiterkeit und lebhafter Beifall bei der E.L.)

Vorsitzender Weigl kommt auf die Bemerkungen des Gemeinderates Kunschak über die/Abstimmung zurück und stellt fest, dass er die Annahme der Worte "an Werktagen" nach der Abstimmung, an der sich übrigens nur einige wenige Gemeinderäte beteiligt haben, denunziert habe. (Widerspruch bei der Minderheit und Rufe: Es war die Minderheit).

GR. Hörmayr (E.L.) verweist darauf, dass der in Verhandlung stehende Wohnhausbau auf den Gründen der Weisau, das ist ein Überschwemmungsgebiet, errichtet werden soll, 20 bis 30 Meter von Bretteldorf entfernt, das als ein Fazillenherd hingestellt wurde. Im Zusammenhang damit verlangt er, dass endlich die Mistablagerungsstätte am Bruckhaufen beseitigt werden, und dass, wenn man an den Wohnhausbau schreitet, man auch daran gehen möge, die Strassenbahn nach dem Gänsehügel zweigleisig zu machen. Er begrüsst es, dass in diesem Wohnhausbau auch Einzelräume und Kleinwohnungen gemacht werden, kritisiert aber, dass in den Einzelräumen auch Ehepaare untergebracht werden. Auch werde der Raum in dem fraglichen Wohnhausbau nicht gut genug ausgenützt, da viel zu grosse Lokale errichtet werden sollen. Er wünscht schliesslich, vor allem dass/die Parteien, die seit dem Jahre 1923 klassifiziert sind und im Bezirk wohnen untergebracht werden sollen. (Lebhafter Beifall bei der E.L.)

ST. R. Weber beschäftigt sich zunächst mit den Ausführungen des Gemeinderates Kunschak betreffend die angeblich mangelhafte Rechnungslegung über die städtischen Wohnbauten und bemerkt, auch Gemeinderat Kunschak werde wohl nicht sagen können, in welcher Form eine Verbesserung dieser Rechnungslegung vorgenommen werden soll. Im Stadtbauamt liegen sämtliche Belege ohne jede zeitliche Beschränkung zur Einsichtnahme auf und ausserdem erhalten alle Mitglieder des Ausschusses in einer tabellarischen Übersicht Auskunft über die wesentlichsten Punkte. Eine Verpflichtung zur Rechnungslegung besteht nicht. Trotzdem gehen wir, da wir nichts zu verheimlichen haben, hier weiter als jemals die Wiener Gemeindevertretung und auch als der Bund oder irgend ein Land gegangen ist.

Auf die Ausführungen des Gemeinderates Kunschak betreffend die Überprüfung der Rekonstruktionsarbeiten komme ich zurück, damit nicht die Meinung platzgreift, als ob das Bauamt irgendwie seine Pflicht

vernachlässigt hätte. Das Bauamt hat seine Verpflichtungen stets und auch in den in Frage kommenden Fällen erfüllt. Es hat den ausführenden Unternehmern und den Bauherren jederzeit alle Vorschriften erteilt, die die Bauordnung enthält und zu denen die Baubehörde berechtigt und verpflichtet ist. Es hat immer alle vorgeschriebenen Kommissionierungen abgehalten. Natürlich ist es richtig, dass gewissenlose Unternehmer, wenn sie eine Vorschrift nicht einhalten, die besten Absicht unmöglich machen können, aber gegen gewissenlose Menschen gibt es nur den einen Schutz, dass man sie unschädlich macht. Überprüfungen werden von Zeit zu Zeit immer wieder vorgenommen. Wir sind jetzt mit Rücksicht auf die verschiedenen Bauunfälle in anderen Staaten weiter gegangen und überprüfen, nach dem die Arbeit ausgeführt ist, noch einmal, ob der Unternehmer alle Vorschriften gewissenhaft erfüllt hat.

Schliesslich erwidert St. R. Weber auf die Ausführungen des Gemeinderates Hörmayr und hebt hervor, dass es sich bei dem in Verhandlung stehenden Wohnhausbau im Gegensatz zu Bretteldorf und Bruckhaufen, wo angeführtes Gelände ist, um gewachsenen Grund handelt. In diesem Wohnhausbau sollen 3000 Menschen angesiedelt werden und für diese grosse Zahl von Menschen müssen natürlich auch die entsprechenden Lokale für Geschäfte und dergleichen beigelegt werden. Es ist richtig, dass infolge der Wohnungsnot Einzelwohnräume auch an Ehepaare vergeben werden müssen, doch wird es bei einer Linderung der Wohnungsnot möglich sein, durch Ubersiedlung dieser Ehepaare in grössere Wohnungen, die Einzelwohnräume für Einzelpersonen frei zu bekommen. Stadtrat Weber ersucht dem Bauentwurf zuzustimmen (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei der Mehrheit).

Der Bauentwurf wird genehmigt.

GR. Bermann berichtet über die Errichtung eines Widmungssteines vor dem zu errichtenden Stadion im Prater und ersucht um Aufhebung der Bestimmungen des Parkschutzgebietes für die Baustelle.

In längeren Ausführungen lehnt Gemeinderat Körber (E.L.) es wieder ab, das Gemeindestadion in der Kriau zu errichten. Dadurch wird eine schöne Praterstelle fürchterlich devastiert. Die in Aussicht genommene Baustelle ist auch nur 190 Quadratmeter gross, was eine entsprechende Erweiterung des Stadions ausschliesst. Der Übungsplatz des Poloklubs, der von der Meierei Kriau abwärts gelegen ist, besteht aus Wiesen, ist übrigens rund 600.000 Quadratmeter gross und wäre deshalb für das Stadion der beste Bauplatz. Der Redner stellt den Antrag, die in Aussicht genommene Baustelle für das Gemeindestadion im Prater zu besichtigen und den Beschluss des Wiener Gemeinderates vom 12. Oktober dahin abzuändern, dass das Stadion auf den grossen Wiesengründen, die von der Meierei Kriau abwärts zwischen der Engerthstrasse und der Hauptallee sowie vom Heustadlwasser begrenzt werden, errichtet werden.

GR. Pfeiffer gibt ebenfalls seinem Wunsche Ausdruck, dass die ganze Frage des Stadions noch einmal gründlich beraten werden möge.

In seinem Schlusswort stellt GR. Bermann fest, dass gegen seinen Antrag keine Einwendung erhoben wurde. Im Uebrigen kann von einer Devastierung des Praters durch die Errichtung eines Stadions in der Kriau nicht gesprochen werden.

Der Referentenantrag wird angenommen, der Antrag Körber wird dem nächsten Gemeinderat als selbstständigen Antrag Körber vorgelegt.

St. R. Richter berichtet über den Abschluss eines Wasserlieferungsvertrages mit den Gemeinden Oberlaa-Untarlaa-Rothneusiedl und Kledering. Die Versorgung der Wiener Nachbargemeinden mit Hochquellwasser liegt im Interesse der Gesundheit der Stadt. Im Jahre 1927 war der Wasserzulauf nach Wien 103 Millionen Kubikmeter, davon wurden an Nachbargemeinden 1.6 Millionen Kubikmeter abgegeben. Diese geringe Abgabe spielt im Wiener Wasserhaushalt keine Rolle. (Beifall).

St. R. Ruggelhardt (E. L.) ist mit der Versorgung von Nachbargemeinden Wiens mit Hochquellwasser einverstanden. Es möge nur vorgesorgt werden, dass der Wasserverbrauch Wiens durch die Ueberlassung von Hochquellwasser an Nachbargemeinden nicht gefährdet werde, wenn die Hochquellenleitungen zu wenig Wasser liefern.

In seinem Schlusswort erklärt der Referent, dass hinsichtlich der Drosselung des Wasserverbrauches eine diesbezügliche Klausel auch in dem Wasserlieferungsvertrag aufgenommen wurde. In demselben Mass, in dem der Wasserverbrauch Wiens getroffen wird, wird auch die Menge des an die Nachbargemeinden abzugebenden Wassers eingeschränkt.

Der Antrag wird angenommen.

St. R. Richter berichtet über die Vertragsänderung mit Josef Czapka sen. betreffend Uebernahme und Verwertung des Hauskehrichtes. Der Unternehmer zahlte bisher an die Gemeinde den Betrag von 76.800 Schilling jährlich. Nun wird eine Erhöhung des Betrages um neun Prozent auf 83.000 Schilling vorgeschlagen. Der Vertrag läuft auf unbestimmte Zeit.

Gr. Biber (E. L.) bemängelt die Zustände auf dem Müllabladepplatz in Favoriten. Hier muss unbedingt möglichst bald etwas geschehen. Gewiss ist diese grosse Mulde von Natur aus für die Anlage eines Kehrichtabladepplatzes sehr geeignet. Aber wenige Schritte davon befinden sich Wohnbauten, wie überhaupt kaum ein anderes Gebiet so vürzüglich für Wohnungsbauten sich eignet. Man hat dort eine prächtige Aussicht. Das ist aber durch die Anlage dieser Mistablagungsstätte verderben worden. Es herrscht dort eine ungeheure Staubplage unter der insbesondere die Bewohner der grossen erst kürzlich errichteten städtischen Wohnsuaanlage zu leiden haben. Ganz unbeschreiblich ist die Fliegenplage. Die Leute können selbst nachts kein Fenster offen halten. Es muss zugegeben werden, dass die Gemeinde sich bemüht hat, Abhilfe zu schaffen. Sie hat versucht den Mist abzubrennen. Das hat aber eine grosse Rauchplage bewirkt. Es muss doch ein modernes Mittel der Technik geben, das diesen Unzukömmlichkeiten ein Ende bereitet.

St. R. Richter entgegnet, dass die Kehrichtabfuhr ein Problem ist, das bis jetzt von gar keiner Grosstadt gelöst werden konnte. Durch die immer mehr fortschreitende Gasheizung ist der Kehrichtanfall ungeheuer gross geworden. Die Gemeinde muss jedes Jahr einen neuen Kehrichtzug anschaffen. Es gibt keine bessere Verwendung, als die Anschüttung von Mulden mit dem Kehricht, wodurch der Grund verbessert wird. Die Versuche, den Kehricht zu verbrennen, sind schon von der früheren Verwaltung gemacht, worden, jedoch ohne Erfolg. Es wird gegenwärtig sehr ernst studiert, wie der Fliegenplage, die durch die Kehrichtablagerung entsteht, endgültig nimmn begegnet werden kann. Vielleicht wird das Anschütten mit Kalk Abhilfe bringen.

Die Vorlage wird angenommen. Die Sitzung wird um 21 Uhr geschlossen.

Wien, am Samstag, den 20. Oktober 1928

-----  
Keine Sitzungen im Rathaus. In der kommenden Woche tritt weder der Wiener Stadtsenat zusammen, noch tagt der Wiener Gemeinderat.

-----  
Enthüllung des Grabdenkmales für Stadtrat Siegel. Bekanntlich ist am 30. Oktober des vorigen Jahres Stadtrat Franz Siegel gestorben. Er war von 1920 bis zu seinem Todestag amtsführender Stadtrat für technische Angelegenheiten. Seiner rastlosen Initiative ist insbesondere das umfassende Wohnbauprogramm der Gemeinde Wien zu verdanken. Nächsten Samstag um 1/2 4 Uhr nachmittags wird auf dem Ottakringer Friedhof seine Aschenurne in der von der Stadt Wien gewidmeten Urnengrabstelle beigesetzt. Gleichzeitig wird auch das Grabdenkmal enthüllt, das die Gemeinde Wien dem Verstorbenen gewidmet hat. Das Grabdenkmal ist aus Untersberger Marmor und trägt auf seiner Vorderseite das Relief Franz Siegels. Oberhalb des Reliefs sind links und rechts Embleme, die das Baugewerbe und die Technik darstellen.

-----  
Die neuen städtischen Autobusse. Der Wiener Gemeinderat hat gestern die Eröffnung von zwei neuen Autobuslinien beschlossen, die von der Volksober auf den Reumannplatz und vom Westbahnhof auf den Ptaterstern führen werden. Die beiden Linien werden schon mit den neuen Autobussen betrieben. Die Wagen sind durchwegs österreichisches Erzeugnis. Sie haben 32 Sitzplätze und 18 Stehplätze. 15 Sitzplätze sind im Nichtraucherabteil, 3 auf der mittlern Plattform und 14 im Raucherabteil. Von den Stehplätzen sind 9 im Nichtraucher- und 9 im Raucherabteil. Der Einstieg in den Wagen befindet sich in der Mitte der linken Wagenseite. Die neuen Autobusse sind 3'3 Meter hoch, rund zehn Meter lang und 2'3 Meter breit. Sie sind mit einem sechzigpferdigen Motor ausgestattet und können eine Stundengeschwindigkeit von 35 Kilometer erreichen. Die Wagen sind heizbar und haben auch eine besonders gute Ventilation. Neben den üblichen Handbremsen haben sie auch noch eine Luftdruckbremse. Auf den neuen Autobussen werden ein Fahrer und ein Schaffner Dienst machen.

-----  
Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum. In der Ausstellung des Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseums in der Volkshalle des Neuen Wiener Rathauses spricht morgen Sonntag um 10'30 Uhr vormittags Dr. Jungbauer über "Kulturepochen der Menschheit".

-----  
Ausgestaltung der elektrischen Strassenbeleuchtung. Im Zuge der Ausgestaltung der elektrischen Strassenbeleuchtung werden in Hietzing die Rohrbacherstrasse, Auhofstrasse und Deutschordenstrasse elektrisch beleuchtet.

-----  
Minister Painleve bei Bürgermeister Seitz. Der französische Kriegeminister Painleve besichtigte heute vormittag die wichtigsten städtischen Fürsorgeeinrichtungen und einige kommunale Wohnhausanlagen. Der Gast erkundigte sich eingehend über viele Einzelheiten und bezeichnete diese Einrichtungen als vorbildlich. Nachmittags stattete Minister Painleve dem Bürgermeister im Rathaus einen Besuch ab. An dem Empfang nahmen teil: Der Wiener französische Gesandte Graf Clauzel, der Gesandtschaftssekretär Dr. Barois, der französische Handelsattache Dr. Poujol, Professor Dunan, Direktor Bourguignon, Madame Clemenceau, Hofrat Berta Zuckerkanndl-Szepe, Staatskanzler a. D. Dr. Renner, die Vizebürgermeister Emmerling und Hoss, die Landtagspräsidenten Dr. Danneberg und Zimmerl sowie die meisten amtsführenden Stadträte.

Wien, am Montag, den 22. Oktober 1928

-----  
Entfallende Sprechstunde. Mittwoch entfällt wegen dienstlicher Verhinderung die Sprechstunde beim städtischen Finanzreferenten Stadtrat Breitner.

-----  
Keine Abwaage mehr von Lastautos auf der Brückenwaage Viktor Adlerplatz. Infolge der langjährigen Abnutzung und der seinerzeitigen Dimensionierung für Pferdefuhrwerk wird bis auf weiteres die Abwaage von schweren Lastautos auf der Brückenwaage in Favoriten auf dem Viktor Adlerplatz eingestellt. Die Einstellung wird hauptsächlich deshalb vorgenommen, weil bei der Abwaage von Lastautos ungleiche Achsrücke entstehen, die unrichtige Wäageergebnisse verursachen. Die Lastkraftwagen können ihre Abwaagen bei den nächstgelegenen städtischen Brückenwaagen in der Reinprechtsdorferstrasse oder auf dem Markte in der Geiselbergstrasse vornehmen. Die Aufstellung einer neuen Brückenwaage auf dem Viktor Adlerplatz steht bevor.

-----  
Gaszündschlag in der Gebläseanlage Brigittenau. Im Erweiterungsbau der Gasgebläseanlage beim Gasbehälter Brigittenau ereignete sich heute früh ein Gaszündschlag. Er entstand beim Ansetzen der Schweissflamme an die Rohrleitung anlässlich der dort vorgenommenen Rohrschweissarbeiten. Durch den Gaszündschlag wurde ein Monteur verletzt. Der Unfall dürfte darauf zurückzuführen sein, dass in dem zu bearbeitenden Rohr ein explosives Gasluftgemisch vorhanden war, das durch die Schweissflamme entzündet wurde.

-----  
Internationale Liga der Verbände selbstständiger Handelsvertreter. Dieser Tage veranstaltete die Internationale Liga der Verbände der selbstständigen Handelsvertreter in Wien ihren ersten Kongress. An der Tagung nahmen Vertreter von rund dreizehn Staaten teil. Die Kongressteilnehmer besichtigten heute nachmittags die Schauräume des Wiener Rathauses. An die Besichtigung schloss sich dann ein Empfang bei Bürgermeister Seitz an, dem unter anderen auch <sup>Vize-</sup>Bürgermeister Hoss, amtsführender Stadtrat Speiser, Stadtrat Rummelhardt und der erste Sekretär der Wiener Arbeiterkammer Dr. Palla teilnahmen. Kammerrat Beck (Wien) und der erste Vorsitzende des Kongresses Iserief (Amsterdam) dankten vor allem für die herzliche Aufnahme, die die Gäste in Wien gefunden haben. Der Wiener Kongress steht im Zeichen des Zusammenschlusses der Handelsvertreter aller Staaten. Bürgermeister Seitz, lebhaft begrüsst, hiess die Gäste im Rathaus herzlich willkommen. Der Beruf eines Vertreters, sagte der Bürgermeister, ist ungemein verantwortungsvoll und von besonderer Bedeutung für unser Wirtschaftsleben. Es ist Ihr erster Kongress und er dient dem Gedanken der Organisation. Sie haben, nach den Worten meines Vorredners, mit der besonderen Freiheit Ihres Berufes üble Erfahrungen gemacht. Die haben dazu geführt, dass der Einzelne, wenn er durch Jahrzehnte sein einziges Gut, seine Arbeitskraft, für andere hingegeben hatte, in die Armenversorgung gehen durfte. Dies sieht man auch in Staaten, in den nicht etwa Ersparnisse durch die Geldentwertung zerstört worden sind. Es hat demnach diese so weitgehende Freiheit auch ihre Schattenseiten. Heute sind Sie Menschen, welcher Partei Sie auch angehören, eingestellt auf die Notwendigkeit der Berufsorganisation. (Lebhafter Beifall). Die Basis gesicherter Arbeitsverträge, die geschützte Existenz, ermöglichen Ihrem Stand auch ein anderes Auftreten, als die Basis der sogenannten freien Wirtschaft. Aus dreizehn Staaten sind Sie nach Wien gekommen, um Ihre Organisation zu festigen. Mögen von dieser Tagung neue Impulse ausgehen zum Wohl Ihres Berufes. Wien, das Gäste immer gerne in seinen Mauern sieht, heisst Sie herzlich willkommen. (Stürmischer Beifall.)

## RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: 326  
Karl H o n a y

Wien, am Dienstag, dem 23. Oktober 1928

-----  
6148 konfessionslose Schulkinder. Es liegen nunmehr die Daten über die Anzahl der konfessionslosen Kinder in den Wiener öffentlichen Volks-, Bürger- und Hauptschulen für das heurige Schuljahr vor. Die Zahl der konfessionslosen Schulkinder beträgt 6148. Im Schuljahr 1927/28 waren es 4163. Es ist demnach eine Steigerung um nahezu 50 Prozent zu verzeichnen. Da heuer insgesamt 129.439 Schulkinder eingeschrieben worden sind, ist jedes zwanzigste Schulkind konfessionslos. Vor dem Krieg gab es bei einer Schülerzahl von 242.000 höchstens hundert konfessionslose Schulkinder. Es war daher kaum jedes 2.400ste Kind konfessionslos und blieb ohne Religionsunterricht. Der tiefste Stand war im Schuljahr 1918/19 zu verzeichnen, da damals in ganz Wien überhaupt nur 62 konfessionslose Schulkinder gezählt wurden. Seither ist die Entwicklung unausgesetzt und sprunghaft ansteigend. Gegenüber 1925/26 mit 1522 konfessionslosen Kindern ist heuer eine Vervielfachung dieses Standes festzustellen.

-----  
Diamantene Hochzeiter. Vergangenen Samstag überreichte in Vertretung des Bürgermeisters amtsführender Stadtrat Julius Linder dem Ehepaar Josef und Regine Rothenstein anlässlich seiner diamantenen Hochzeit die Ehrengabe der Stadt Wien. Den Ehepaaren Roman und Johanna Haiden, Franz und Johanna Kostal, Josef und Theresia Landgraf und Johann und Theresia Rittenbacher überreichte Stadtrat Linder die Ehrengabe der Stadt Wien zur goldenen Hochzeit.

-----  
Subventionen der Gemeinde Wien. In der letzten Sitzung des städtischen Finanzausschusses wurde wieder eine Reihe von Subventionen beschlossen. So erhält das Erste Oeffentliche Kinderkrankeninstitut Wiens eine ausserordentliche Subvention von fünftausend Schilling. Die Anstalt ist die älteste Kinderheilanstalt der Welt. Sie besteht schon 140 Jahre. Mit je 1500 Schilling wurden der Verein für Geschichte der Stadt Wien und die Vereinigung Wiener Juristen subventioniert. Der Verein für Geschichte der Stadt Wien wird anlässlich der Vierhundertjahrfeier der siegreichen Abwehr des ersten Türkensturmes und seines fünfundsiebzigjährigen Bestandjubiläums ein bedeutsames Werk der Geschichte Wiens herausgeben. Die Vereinigung der Wiener Juristen ist bestrebt, der Studentenschaft vielfache Unterstützungen zu gewähren. Schliesslich hat der städtische Finanzausschuss für die Landesvertretung der befugten Zahntechniker Wiens (Forstner-Partik-Fond) eine Subvention von tausend Schilling beschlossen.

-----  
Neue Anlagen im Rinderschlachthof St. Marx. Die Vorkühlkammern im Rinderschlachthof St. Marx sind in der letzten Zeit zu klein geworden. Da der Fassungsraum für 600 Rinder nicht mehr ausreicht, wird nun die Anlage auf einen Fassungsraum für 1000 Rinder vergrössert und gleichzeitig auch ein Pöckelraum errichtet. Die veranschlagten Kosten betragen insgesamt 435.000 Schilling.

## RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw.Redakteur: 327  
Karl H o n a y

Wien, am Mittwoch, den 24.Oktober 1928.

-----  
Neue Bürger der Stadt Wien.In der vorwöchigen vertraulichen Sitzung des Wiener Gemeinderates wurden die Hofschauspielerinnen Hedwig Bleibtren und Anna Kalina sowie der Hofschauspieler Karl Zeska in Würdigung der grossen Verdienste, die sie sich auf dem Gebiete der deutschen Schauspielkunst im allgemeinen und durch ihr Wirken am Wiener Burgtheater um das Wiener Kunstleben im besonderen erworben haben, zu Bürgern der Stadt Wien ernannt.In derselben Sitzung wurde auch die Frauenrechtlerin und Schriftstellerin Rosa Mayredar dadurch geehrt, dass sie der Wiener Gemeinderat in Anerkennung ihrer grossen Verdienste auf literarischem Gebiet und ihrer grossen Erfolge auf sozialem Gebiet, insbesondere auf dem Gebiete der Frauenbewegung anlässlich ihres siebenzigsten Geburtstages zum Bürger der Stadt Wien ernannte.

-----  
Subventionen der Gemeinde Wien.Der städtische Finanzausschuss hat am Montag wieder eine Reihe von Subventionen beschlossen.So erhält die Kulturwissenschaftliche Gesellschaft eine Subvention von achthundert Schilling.Die Kulturwissenschaftliche Gesellschaft will an der Wiener Universität Vorträge veranstalten und als Vortragende den deutschen Reichskanzler a.D.Dr.Wirth, den Reichsjustizminister Professor Dr.

Radbruch, sowie andere hervorragende Persönlichkeiten aus Deutschland gewinnen.Die Grillparzer Gesellschaft wurde mit fünfhundert Schilling subventioniert.Für die 22.Herbstaustellung des Oesterreichischen Künstlerbundes widmete der städtische Finanzausschuss einen Ehrenpreis von dreihundert Schilling.Schliesslich erhalten der Verein der Naturbeobachter und Sammler und die Oesterreichische Exlibrisgesellschaft eine Subvention von je zweihundert Schilling.

-----  
Uebersiedlung der städtischen Bäderverwaltung.Die städtische Bäderverwaltung, der bekanntlich alle städtischen Bäder unterstehen, war bisher im Neuen Amtshaus in der Ebendorferstrasse untergebracht.Sie übersiedelt morgen in neue Amtsräume, IV., Pressgasse 24.Die neuen Fernsprechnummern der städtischen Bäderverwaltung lauten: A 35-0-75, A 35-1-75 und A 35-2-75.

-----  
Eine Gallmeyer- und eine Geistingergasse in Wien.Der Gemeinderatsausschuss für allgemeine Verwaltung hat beschlossen, den zwischen der Hohen Warte und der Heiligenstädterstrasse gelegenen Teil der Dionysius Andrassystrasse in Döbling in "Gallmeyergasse" umzubenennen.Die Erläuterungstafel wird lauten: "Josefine Gallmeyer, 1838 - 1884, Schauspielerin. Wirkte als eine der bedeutendsten Volksschauspielerinnen am Strampfertheater, Theater a.d.Wien und am Carltheater."Der zwischen der Heiligenstädterstrasse und der Gunoldstrasse gelegene Teil der Dionysius Andrassystrasse wird in "Geistingergasse" umbenannt.Dort wird die Erläuterungstafel lauten: "Marie Geistinger, 1833 - 1903, Schauspielerin und Operettensängerin.Sie gehörte durch ihre geniale Darstellungsgabe auf dem Gebiet der Operette wie des Dramas zu den besten Vertreterinnen Oesterreichischer Schauspielkunst."

-----  
Ausgestaltung der elektrischen Strassenbeleuchtung.In den nächsten Tagen wird die neuhergestellte elektrische Strassenbeleuchtung in Margareten in der Schlossgasse, Hofgasse, Castelligasse, Gartengasse und Hartmannngasse in Betrieb gesetzt.

-----

R A T H A U S K O R R E S P O N D E N Z

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
Karl H o n a y

328

Wien, am Mittwoch, den 24. Oktober 1928 Zweite Ausgabe.

-----  
Burgschauspieler Willy Thaller Bürger der Stadt Wien. In der vorwöchigen vertraulichen Sitzung des Wiener Gemeinderates, in der die Hofschauspielerinnen Hedwig Bleibtreu und Anna Kallina, Hofschauspieler Karl Zeska und die Schriftstellerin Rosa Meyreder zu Bürgern der Stadt Wien ernannt wurden, hat der Wiener Gemeinderat auch den Burgschauspieler Willy Thaller zum Bürger der Stadt Wien ernannt. Die Ehrung erfolgte in Würdigung der grossen Verdienste, die sich Burgschauspieler Willy Thaller auf dem Gebiete der österreichischen Schauspielkunst im allgemeinen und um das Wiener Theater im besonderen erworben hat.

-----  
Volkssänger Franz Maier gestorben. Letzten Sonntag ist der älteste Wiener Volkssänger Franz Maier gestorben. Der Verstorbene war insbesondere unter den Namen "Mirgeht's schlecht-Maier" bekannt. Seine sterblichen Überreste werden morgen Donnerstag in der Feuerhalle der Stadt Wien eingeäschert. Bürgermeister Seitz hat verfügt, dass die Kosten der Einäscherung von der Gemeinde Wien getragen werden.

-----  
Der Verwaltungsgerichtshof über die Russlandbürgschaften der Gemeinde. Im Interesse der Förderung des Exportes nach Russland hat der Wiener Gemeinderat am 21. Oktober 1927 die Uebernahme einer Ausfallbürgschaft durch die Gemeinde Wien für Zusatzexporte nach Russland bis zu einem Gesamtfakturenbetrag von hundert Millionen Schilling beschlossen. Gegen diesen Beschluss brachten die "Vereinigung der in Russland geschädigten österreichischen Zivilpersonen" sowie mehrere Mitglieder dieser Vereinigung eine Beschwerde an den Verwaltungsgerichtshof ein, worin dieser Beschluss als ungesetzmässig angefochten wurde. Heute fand die Verhandlung über diese Beschwerde statt. Der Verwaltungsgerichtshof hat die Beschwerde als unbegründet abgewiesen und in seiner Entscheidung ausgesprochen, dass der angefochtene Beschluss durchaus im Rahmen des der Gemeinde gesetzlich zukommenden Wirkungsbereiches gelegen ist.

-----

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: 329  
Karl H o n a y

Wien, am Donnerstag, den 25. Oktober 1928.

-----  
Neue Arbeitsaufträge der Gemeinde Wien. In der letzten Zeit hat die Wiener Stadtverwaltung in kurzen Zwischenräumen bedeutende Arbeitsaufträge an die Industrie und an das Gewerbe vergeben. Die letzten grösseren Aufträge im Gesamtausmass von 2'6 Millionen Schilling wurden in der Vorwoche vom Gemeinderatsausschuss für Wohnungswesen vergeben. Dieser Gemeinderatsausschuss gab für 2'2 Millionen Schilling Erd-, Baumeister- und Eisenbetonarbeiten in Auftrag, die Vergebung von Elektro-, Gas- und Wasserinstallationsarbeiten macht 240.000 Schilling aus und für 62.000 Schilling wurden Schlosserarbeiten bestellt. Ferner wurden für 38.000 Schilling Anstreicherarbeiten und für 28.000 Schilling Zimmermannsarbeiten vergeben. Schliesslich gab der Gemeinderatsausschuss für Wohnungswesen noch Planverfassungen und Detaillierungsarbeiten für städtische Neubauten im Gesamtbetrag von 125.000 Schilling an Wiener Architekten in Auftrag.

-----  
Abschaltung der alten Feuermelder. Heuer werden die bereits veralteten öffentlichen Feuermelder in der Inneren Stadt und den angrenzenden Bezirksteilen sowie in der Brigittenau gegen neue, dem letzten Stande der Technik entsprechende Feuermeldeanlagen ausgewechselt. Die in den Strassen Wiens der Bevölkerung zur Verfügung stehenden alten Feuermelder bleiben solange in Betrieb, bis die neuen Feuermelder aufgestellt sind. Es lässt sich jedoch nicht vermeiden, dass alte Melder abgeschaltet werden, bevor noch die neuen Melder in Betrieb stehen. Solche alte und neue Melder sind während der Umbauzeit mit der Aufschrift "ausser Betrieb" versehen und können während dieser Zeit zu Feuermeldungen nicht verwendet werden. Zur Vermeidung von Verzögerungen bei Feuermeldungen wird daher die Bevölkerung ersucht, sich über die Lage der ihren Wohn- und Betriebsstätten nächstgelegenen Feuermelder zu orientieren, und wenn diese die Aufschrift "ausser Betrieb" tragen, bei Feuermeldungen die Feuerwehr mit dem Fernsprecher mit dem Ruf "Feuerwehr" und ohne Nummernennung anzurufen.

-----  
Neue Wiener Strassennamen. Der in der Siedlung Kriegerheimstätten in Floridsdorf von der Quadenstrasse abzweigende Weg war bisher unbenannt. Der Gemeinderatsausschuss für allgemeine Verwaltung hat gestern beschlossen, den Weg "Markweg" zu nennen. Die Erläuterungstafel wird lauten: "Quirin Mark, 1753 - 1811, Kupferstecher".

-----  
Allgemeiner Sammeltag für die Armen Wiens. Der in den vergangenen Jahren immer am Goldenen Sonntag abgehaltene Allgemeine Sammeltag für die Armen Wiens wird auch heuer am Goldenen Sonntag durchgeführt. Die Sammlung ist eine Häusersammlung, mit deren Durchführung die Bezirksvorsteher gemeinsam mit den Vorständen der Fürsorgeinstitute und den Fürsorgeräten betraut werden. Der vorjährige Sammeltag hatte ein Reinertragnis von 176.000 Schilling.

-----  
Blätter für Wohlfahrtswesen. Die Schriftleitung, Verwaltung und Expedition der von der Gemeinde Wien herausgegebenen "Blätter für Wohlfahrtswesen" (Schriftleiter Obermagistratsrat Dr. F. Karner) sind in neue Büroräume übersiedelt. Diese befinden sich XVIII., Theresiengasse 37, II. Stock. Fernsprechnummer A 28-4-12.

-----

Wien, am Freitag, den 25. Oktober 1928

Republikgedenkbücher für die Wiener Schuljugend. Im Deutschen Verlag für Jugend und Volk sind zwei Republikgedenkbücher erschienen, die den Titel "Hoch die Republik" und "Um Freiheit und Menschenwürde" führen. Die beiden Werke werden anlässlich der Zehnjahrfeier der österreichischen Republik von der Gemeinde Wien an Wiener Schulkinder verteilt. Das Buch "Hoch die Republik" erhalten die Schüler der vierten Volks- und der ersten Hauptschulklasse, das Buch "Um Freiheit und Menschenwürde" die Schüler der zweiten bis vierten Klasse der Haupt-(Bürger)schulen. Die beiden Gedenkbücher sind in Ganzleinen gebunden. Es werden rund 67.000 Schüler und Schülerinnen beteiligt werden.

Autobusschnellverkehr zum Zentralfriedhof. Am kommenden Sonntag, nächsten Donnerstag und am Sonntag, den 4. November, wird ein Autobusschnellverkehr von der Oper (Augustinerstrasse) über den Schwarzenbergplatz-Rennweg-Simmeringerhauptstrasse zum Zentralfriedhof, drittes Tor, geführt. Die Wagen, die von 8 Uhr bis 19 Uhr verkehren, haben eine Fahrzeit von 20 Minuten. Der Fahrpreis zum Zentralfriedhof oder zurück beträgt von der Oper weg 90 Groschen, ab Schwarzenbergplatz 80 Groschen, ab Ungargasse-Fasangasse 70 Groschen und endlich ab St. Marx 60 Groschen.

Berufung des Strombaudirektors Brandl nach China. Seit der Auflösung der Donauregulierungskommission wirkt der bekannte Fachmann für Wasserbauten Strombaudirektor Ingenieur Brandl als technischer Berater der Gemeinde Wien in Donaufragen. Vor einiger Zeit hat nun die chinesische Regierung an Baudirektor Brandl das Ersuchen gerichtet, ein Wasserbauamt einzurichten und zu diesem Zweck auf längere Zeit nach China zu kommen. Ingenieur Brandl hat sich zu dieser Arbeit entschlossen und Bürgermeister Seitz hat das Ansuchen um vorübergehende Beurlaubung für diese Reise genehmigt. Baudirektor Brandl wird anfangs November Wien verlassen. Er wird zunächst in Hang Chow die Pläne für die Regulierung der dortigen Kanäle ausarbeiten und dann seine Arbeit in Shanghai fortsetzen. Die Berufung dieses Wiener Technikers zeigt, wie hoch die Kenntnisse unserer Fachkräfte auch im Ausland gewertet werden.

Das Wiener Theatergesetz. Der Magistrat hat die Durchführungsverordnungen zum Wiener Theatergesetz ausgearbeitet. Sie werden am Dienstag um 10 Uhr vormittags im Städtensenat verhandelt.

Die Gebühren für die Fleischbeschau. Für die Zeit vom 1. bis 30. November beträgt die Grundgebühr für die Vornahme amtlicher Untersuchungen von Vieh und Fleisch 1'63 Schilling. Die gleiche Grundgebühr wird für die tierärztliche Untersuchung von Tieren, die in Eisenbahn- und Schiffstationen Wiens ein- und ausgeladen werden, eingehoben.

Sitzungen von Bezirksvertretungen. Die nächste Sitzung der Bezirksvertretung Rudolfsheim findet in der kommenden Woche am Dienstag um 18 Uhr statt. Die Bezirksvertretung Hietzing tritt am Samstag, den 3. November um 16 Uhr zusammen.

Wien, am Samstag, den 27. Oktober 1928

DER STAEDTISCHE RECHNUNGSABSCHLUSS 1927

Ein Gebarungsabgang von 7,392.117 Schilling.

Heute Samstag wurde der Rechnungsabschluss der Gemeinde Wien für das Jahr 1927 den Mitgliedern des Gemeinderates übermittelt. Das Verwaltungsjahr 1927 schliesst mit einem Gebarungsabgang von 7,392.117 Schilling. Dieses Defizit hat sich ergeben, obwohl die Abgabenertragsanteile und auch die eigenen Gemeindeabgaben erheblich grössere Erträge geliefert haben, als vorgesehen war. Ferner konnten die Wohnhausbauten infolge der Witterungsverhältnisse nicht im vollen Umfang durchgeführt werden, wodurch sich eine Minderausgabe von 24,327.000 Schilling ergab. Es haben sich also beträchtliche Mehreinnahmen und eine sehr bedeutende Minderausgabe ergeben; trotzdem war es nicht möglich, das volle finanzielle Gleichgewicht zu erzielen, wenn auch der Gebarungsabgang hinter dem im Voranschlag angenommenen Betrag zurückbleibt.

Die Ertragsanteile an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben haben 127,703.747 Schilling gebracht, was einer Mehreinnahme von 22,914.047 Schilling gegenüber dem Voranschlag entspricht. Bei den Zuschlägen zu den Immobiliargebühren wurde ein Mehrertrag von 1,391.000 Schilling erzielt.

Die Gemeinde- und Landesabgaben weisen gegenüber dem Voranschlag einen Mehrertrag von 12,193.000 Schilling auf. Die Verteilung auf die einzelnen Steuern ist die folgende:

	Voranschlag:	Erfolg:
Grundsteuer .....	480.000 S.-	507.899 S.-
Wohnbausteuer .....	35,300.000 "	36,283.497 "
Fürsorgeabgabe .....	68,000.000 "	69,833.410 "
Lustbarkeitsabgabe .....	13,500.000 "	15,753.547 "
Nahrungs- oder Genussmittelabgabe .....	13,000.000 "	14,346.034 "
Fremdenzimmerabgabe .....	4,500.000 "	4,577.313 "
Wertzuwachsabgabe .....	6,500.000 "	11,335.873 "
Plakatabgabe .....	750.000 "	903.206 "
Anzeigenabgabe .....	4,000.000 "	4,170.185 "
Hauspersonalabgabe .....	2,500.000 "	2,490.015 "
Kraftwagenabgabe .....	4,400.000 "	4,562.935 "
Pferdeabgabe .....	45.000 "	52.919 "
Hundeabgabe .....	1,000.000 "	1,051.953 "
Feuerversicherungsabgabe .....	2,800.000 "	3,140.514 "
Feilbietungsabgabe .....	300.000 "	381.206 "
Konzessionsabgabe .....	250.000 "	565.227 "
Verwaltungsabgaben .....	600.000 "	795.516 "
Wasserkraftabgabe .....	3,400.000 "	3,402.378 "
Bierabgabe .....	10,830.000 "	10,192.306 "

Diesen Mehreinnahmen an Steuern und Ertragsanteilen steht vor allem anderen die grosse Minderausgabe bei den Wohnhausbauten im Umfange von 24,327.000 Schilling gegenüber. Es sollten 118,250.000 Schilling zur Verbauung gelangen, doch wurden nur 93,923.000 Schilling in Anspruch genommen. Ferner ergaben sich in der Gruppe "Technische Angelegenheiten" Minderausgaben von 3,298.000 Schilling, die im wesentlichen auf den unterbliebenen Bau der Donaukanalbrücke im XI. Bezirk (1,900.000 Schilling) die im geringeren Umfang durchgeführten Arbeiten im Betriebe Wasserversorgung (1,353.000 Schilling) und im Zusammenhang mit der geringeren Wohnbautätigkeit in Wegfall gekommene Kanalbauten zurückzuführen sind.

als Gesamtaufwand für Investitionen und Inventaranschaffung

gen waren 150,908.910 Schilling veranschlagt. Tatsächlich verausgabt wurden bloss 124,323.771 Schilling.

Der gesamte Personalaufwand (mit Ausschluss der Unternehmungen) hätte im Jahre 1927 Schilling 152,912.950-- betragen sollen, machte aber in Wirklichkeit 165,287.403 Schilling aus. Von dem Mehraufwand entfallen auf die nicht veranschlagt gewesene Gemeindegewache 780.600 Schilling für Personalausgaben und 554.116 Schilling für Dienstkleider. Die übrige Steigerung ist auf die mit Beschluss vom 24. Jänner 1927 erfolgte Erhöhung der Bezüge zurückzuführen.

Die Gebarung der Gruppe III ist um 7,101.241 Schilling ungünstiger als der Voranschlag. Die Gesamtausgaben dieser Gruppe beliefen sich auf 82,093.387 Schilling. Der Mehraufwand entfällt auf Adaptierung Wilhelminenberg (907.000 Schilling), offene Armenpflege für Erwachsene (3,648.000 Schilling), offene Fürsorge für Kinder (1,829.000 Schilling) und Schülerauspeisung (1,029.000 Schilling).

In der Gruppe VI sind für die Erwerbung von Gründen und Liegenschaften statt 2,000.000 Schilling, wie veranschlagt, 4,602.000 Schilling ausgegeben worden. Der in Gruppe VI verrechnete Schulaufwand beträgt insgesamt 73,619.796 Schilling (Voranschlag 67.1 Millionen Schilling).

In der Gruppe VII hat das Feuerlöschwesen einen Mehraufwand von 250.000 Schilling erfordert. Die gesamte Nettoausgabe für die Wiener Gemeindegewache einschliesslich der Investitionen und nach Abzug der Einnahmen von 137.000 Schilling als Rückersatz für geleistete Ueberwachungsdienste beträgt 1,698.000 Schilling.

Die Gruppe VIII erscheint im Rechnungsabschluss lediglich mit den Abfuhren der Ankündigungsunternehmung (85.000 Schilling statt 80.000 Schilling) und des Brauhauses (668.000 Schilling statt 172.000 Schilling).

Der Kasabestand der Gemeinde per 31. Dezember 1927 ist 65,924.100 Schilling.

Der Bestand am Beginn des Verwaltungsjahres war 64,482.985 Schilling. Unter Berücksichtigung der aufgelaufenen Zinsen ist in Wirklichkeit eine Verminderung der Kassabestände zu verzeichnen.

Huer wird zum ersten Mal der Rechnungsabschluss auf Grund der geänderten Verfassung vom Finanzausschuss und Stadtsenat in gemeinsamer Sitzung beraten werden.

(Zur weiteren Information anbei ein Exemplar des Rechnungsabschlusses)

Sitzungen im Rathaus. In der kommenden Woche tritt der Wiener Stadtsenat am Dienstag um 10 Uhr vormittags zusammen. Er wird sich mit den Durchführungsverordnungen zum Wiener Theatergesetz beschäftigen.

Keine Alarmierung der Feuerwehr bei eingeschleppten Sicherheitsschlössern. Die Besitzer von Sicherheitsschlössern an den Wohnungstüren brauchen die Feuerwehr nicht zu alarmieren, wenn die Schlüssel zu unbeabsichtigt eingeschleppten Sicherheitsschlössern nicht erreichbar und die Parteien ausgesperrt sind. Die Wiener Firma "Salvo" unterhält einen Fernsprecherpermanenzdienst bei Tag und bei Nacht und es kann dort unter den Fernsprechnummern U 45-4-48 und U 45-6-84 ein Monteur angesprochen werden, der das Sicherheitsschloss öffnet.

Ausgestaltung der elektrischen Strassenbeleuchtung. In der nächsten Zeit werden im Zuge der Ausgestaltung der elektrischen Strassenbeleuchtung in der Inneren Stadt der Revolutionsplatz und in Hernald der Frauenfelderplatz und ein Teil der Behringgasse elektrisch beleuchtet.

Der Fuhrwerksverkehr zu Allerheiligen zum Zentralfriedhof. Der Magistrat hat eine Kundmachung erlassen, die bestimmt, dass am Sonntag, den 28. Oktober, und am Donnerstag, den 1. November von 8 bis 19 Uhr und am Mittwoch, den 31. Oktober, sowie am Freitag, den 2. November von 13 bis 18 Uhr für Fahrten zum Zentralfriedhof nur folgende Fahrwege benützt werden dürfen: 1. Rennweg-Simmeringer Hauptstrasse; 2. Landstrasse Hauptstrasse-ehemalige St. Marxer Linie-Simmeringer Hauptstrasse; 3. Geiselbergstrasse-Haufigasse-Simmeringer Hauptstrasse. An den genannten Tagen und Stunden haben sämtliche Fuhrwerke zur Rückfahrt vom Zentralfriedhof folgende Wege einzuhalten: 1. Simmeringer Hauptstrasse-Rennweg oder Landstrasser Hauptstrasse (Im Notfalle werden die Wagen über die Krausegasse-Rappachgasse-Haidestrasse-Viadukt-I. Haidquergasse-Erdbergerlande abgelenkt) 2. Simmeringer Hauptstrasse-Haufigasse-Geiselbergstrasse. Das Ueberschreiten der durch Schranken abgegrenzten Geleise der städtischen Strassenbahnlinien zum Zentralfriedhof ist von Sonntag, den 28. Oktober bis Sonntag, den 4. November nur bei einigen Durchlässen gestattet. Morgen Sonntag, am Allerheiligentag und am Allerseeleltag ist das Ueberschreiten der Geleise von 8 Uhr bis 19<sup>30</sup> Uhr, am Montag, den 29. Oktober, am Dienstag, den 30. Oktober, am Mittwoch, den 31. Oktober und am Sonntag, den 4. November von 12 Uhr bis 19<sup>30</sup> Uhr überhaupt verboten. Befugte Schrankenposten werden bei den vorgesehenen Schrankendurchlässen den Fuhrwerken die Durchfahrt fallweise gestattet. Als Fuhrwerke gelten alle mit Tieren bespannten oder motorisch fortbewegten Fahrzeuge, die nicht auf Schienen laufen, also auch Autos und Motorräder. Das Verteilen von Reklamezetteln, Flugschriften und dergleichen bei den Friedhofshaltestellen und Friedhofsdurchlässen der Strassenbahn, sowie bei den Friedhofsvorplätzen und Friedhofstoren ist während des ganzen Allerheiligen- und Allerseelelverkehrs verboten, ebenso das allzulauter, marktschreierische Anpreisen der Waren durch die Standbesitzer auf den Vorplätzen und bei den Toren des Friedhofes. Lehnfuhrwerke und Privatwagen haben vom Sonntag, den 28. Oktober, bis einschliesslich Sonntag, den 4. November, durch die besondere Zufahrtsstrasse geradenwegs zu dem hierfür bestimmten vergrösserten Wagenaufstellungsplatz gegenüber dem zweiten Tor (Haupttor) zu fahren. Die Fahrgäste dieser Wagen haben zum Friedhof und zurück den Tunnel III zu benützen. Die Aufstellung von Wagen gegenüber dem ersten und dritten Tor ist verboten. Die Leichenwagen samt Begleitung haben vom Montag, den 29. Oktober bis Freitag, den 2. November bis zum Schwechater Tor, dann auf dem Wege zwischen dem Zentralfriedhof und dem neuen evangelischen Friedhof zu fahren, von wo sie durch ein eigens hergestelltes Tor in den Zentralfriedhof gelangen. Zur Rückfahrt aus dem Zentralfriedhof ist derselbe Weg zu benützen. Den Gärtnerwagen ist das Einfahren in den Friedhof und das Ausfahren auf die Vorplätze zu den Verkaufsständen am Sonntag, den 28. Oktober und am Donnerstag, den 1. November bis 8 Uhr vormittags, am Mittwoch, den 31. Oktober und am Freitag, den 2. November bis 12 Uhr mittags gestattet. Die Zufahrt der Gärtnerwagen erfolgt durch den Durchlass gegenüber dem Gasthause Kramer. Aus Rücksicht auf die Sicherheit der Friedhofsbesucher sind die Pferde der Gärtnerwagen beim Passieren dichter Menschenansammlungen, insbesondere beim Verlassen des Haupttores am Zügel zu führen. Die Züge der städtischen Strassenbahn halten in der Aller-

heiligenwoche derart vor den Toren des Zentralfriedhofes, dass die Fahrgäste, um in den Friedhof zu gelangen, die Tunnel I, II oder IV zu benützen haben. Am Sonntag, den 28. Oktober und am Mittwoch, den 31. Oktober sowie am Allerheiligen- und am Allerseeleltag halten die Strassenbahnwagen bei starkem Verkehr nur beim Haupttor und die Haltestellen beim I. und III.

III. Tor werden aufgelassen. Für die Rückfahrt wird in der Allerheiligenwoche die Haltestelle beim III. Tor zeitweilig aufgelassen, so dass nur beim Haupttor des Zentralfriedhofes eingestiegen werden kann. Zeitweilig werden auch die Haltestellen Geystasse, Krausegasse, Grillgasse, Brauhberggasse, Kaiserebersdorferstrasse, Weissenböckstrasse und Krematorium aufgelassen. Der Verkehr der Strassenbahn auf der Linie 72 (Schwechat-Zentralfriedhof) wird am Sonntag, Mittwoch, Donnerstag und Freitag von 14 Uhr bis 18 Uhr eingestellt.

Allerheiligenverkehr der städtischen Strassenbahnen zum Zentralfriedhof. Ausser der Linie 71 (Wallfischgasse-Rennweg Zentralfriedhof) werden in der Allerseelelwoche noch folgende Linien zum Zentralfriedhof geführt: Sonntag vormittags und nachmittags die Linien 6, 7 (Geiselbergstrasse), 18, 22 (Praterstrasse), 29 (Taborstrasse), 33 (Klosterneuburgerstrasse), 35, 41 (Gersthof), 42 (Kreuzgasse), 43 (Hernals), 46 (Thaliastrasse), 63 (Geiselbergstrasse) und die Linie 74. Am Montag und Dienstag vormittag die Linien 6 und 74, nachmittags die Linien 6, 18, 35 und 74. Am Mittwoch vormittags die Linien 6, 33, 35 und 74, nachmittags die Linien 6, 7, 18, 33, 35, 43 und 74. Am Donnerstag vor- und nachmittags die Linien 1 (Ring), 6, 7, 13 (Margaretenplatz), 18, 22, 29, 33, 35, 41, 42, 43, 46, 63 und 74. Freitag vormittags die Linien 6, 7, 18, 33, 35, und 74, nachmittags die Linien 6, 7, 18, 33, 35, 42, 43, 63 und 74. Am Sonntag, den 4. November vormittags die Linien 6, 7, 74, nachmittags die Linien 6, 7, 35 und 74. Der Verkehr der Linie F wird morgen Sonntag und am Allerheiligentag aufgelassen und als Ersatz in der Währingerstrasse die Pendellinie 42 (Schottenring-Währingerstrasse-Kreuzgasse) und in der Landstrasse-Hauptstrasse die Pendellinie 74 (Wollzeile)-Landstrasse-Hauptstrasse-St. Marx beziehungsweise Zentralfriedhof) eingerichtet. Der Verkehr der Linie 72 wird morgen Sonntag, am Mittwoch und am Allerheiligen- sowie Allerseeleltag von 14 Uhr bis 18 Uhr eingestellt. Am Allerheiligentag wird auf der Strassenbahn und auf der Stadtbahn der Sonntagsfahrpreis eingehoben. An diesem Tag haben daher die Frühfahrtscheine, Hin- und Rückfahrtscheine, Wochenkarten, Fürsorgefahrtscheine, Arbeitslosenfahrtscheine und Schüleranweisungen keine Giltigkeit.

Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum. In der Ausstellung des Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseums in der Volkshalle des Neuen Wiener Rathauses spricht morgen Sonntag um 10<sup>30</sup> Uhr vormittags Dr. Mars über: Gewerkschaften und Rationalisierung.

Wien, am Samstag, den 27. Oktober 1928 Dritte Ausgabe

.....  
Enthüllung des Grabdenkmals für Stadtrat Franz Siegel. Die Aschenurne des am 30. Oktober 1927 verstorbenen Stadtrates Franz Siegel ist im Urnenhain auf dem Ottakringer Friedhof bestattet. Die Gemeinde Wien hat dem Verstorbenen ein Grabdenkmal errichtet, das heute Samstag enthüllt worden ist. An der Feier nahmen ausser der Familie die Abgeordneten Hohenberg, Sever und Volker, die amtsführenden Stadträte Breitner, Kokrda, Linder, Richter, Tandler und Weber, die Präsidenten des Wiener Landtages Dr. Danneberg und Zimmerl, Präsident des Wiener Stadtschulrates Glöckel, für den Klub der christlichsozialen Gemeinderäte Millik und Ullreich, nahezu alle sozialdemokratischen Gemeinderäte und Bezirksvorsteher, viele Bezirksräte und politische Funktionäre des 16. Bezirkes, Magistratsdirektor Dr. Hartl, Stadtbaudirektor Ingenieur Dr. Musil, Branddirektor Ingenieur Wagner, der Vorstand des Verbandes der städtischen Angestellten und viele leitendes Beante des Stadtbauamtes und Magistrates teil. Die Feier wurde mit Chorvorträgen des Gesangsvereines der Bauarbeiter und der Typographia eingeleitet. Dann sprach in Vertretung des Bürgermeisters amtsführender Stadtrat Richter: Erschüttert stehen wir hier an der Grabstätte eines Mannes, der seine grosse Arbeitskraft voll und ganz durch ein Jahrzehnt seiner Vaterstadt gewidmet hat. Mitten im rastlosen Schaffen hat ihn viel zu früh für uns alle der unerbittliche Tod hinweggerafft. Franz Siegel hat in schwerster Zeit nach dem Kriege, als Elend und Not unsre Stadt heimsuchten, an ihrem Wiederaufbau mit zielsicherer Tatkraft mitgewirkt. Wer ihn an der Arbeit gesehen hat, war voll der Bewunderung für diesen seltenen Menschen und kann ermessen, welch grosser Verlust sein Hinscheiden für die Stadtverwaltung bedeutet. Siegel war ein vorbildlicher Organisator. Mit der Durchführung des grossen kommunalen Wohnbauprogrammes betraut, war die schwierige Aufgabe der Umstellung des Stadtbauamtes ihm überantwortet. Die Lösung dieser Aufgabe war eines seiner grössten Verdienste. Sein Werk wird fortleben in den Wohnpalästen, die seiner Initiative entsprungen, heute breiten Massen unsres Volkes zu wahren Heimstätten geworden sind. In dankbarem Gedenken hat die Stadt Wien, dem schlichten Wesen Siegels entsprechend, diesen einfachen Stein gesetzt. Mögen alle, die an dieser Grabstätte vorübergehen erkennen, welch reiche Begabungen im Volke schlummern. Siegel war der rechte Mann am rechten Platz. Sein Wirken wird für alle Zeiten unvergessen bleiben. Die Stadt Wien dankt ihm für alles, was er zu ihrem Wiederaufbau beigetragen hat, dankt ihm für seine Hingebung und Liebe, die er in reichem Masse immer bei seinem Wirken für seine Vaterstadt bekundete. Dank auch dem akademischen Bildhauer Bauer, der dieses Denkmal geschaffen hat. Wir nehmen Abschied von einem Manne, der unsrer Stadt sein Bestes gegeben hat. Als die Hülle gefallen war, dankte für die sozialdemokratische Bezirksorganisation Ottakring Abgeordneter Sever der Stadt Wien für die Ehrung Franz Siegels, der durch das Vertrauen der grossen Mehrheit der Ottakringer Bevölkerung in den Wiener Gemeinderat entsendet worden war. Siegel war ein Kind des Volkes. Er hat für Wien Grosses geleistet und vor allem der Bezirk, dessen Mandatar Siegel war, wird seiner immer dankend gedenken. Der grosse Arbeiterbezirk wird diese Grabstätte, die einen seiner besten Söhne birgt, stets in Ehren halten. Mit einem Chorvortrag wurde die erhebende Feier geschlossen. Das Grabdenkmal ist aus Untersberger Marmor. Es trägt das Relief Franz Siegels mit zwei Emblemen, die das Bauhandwerk und die Technik darstellen. Die Inschrift lautet:

"Franz Siegel, amtsführender Stadtrat. 1876-1927. Seiner Werke-Wahrzeichen des Neuen Wien" Während der Feier besorgte die Gemeindegewache den Ordnungsdienst.

.....  
Schriftsteller Felix Dörmann. Auf Weisung des Bürgermeisters Seitz wird der am Freitag verstorbene Wiener Schriftsteller Felix Dörmann auf dem Zentralfriedhof in einer Grabstätte in bevorzugter Lage bestattet werden.  
 .....

Wien, am Montag, den 29. Oktober 1928

-----

Die Milch von der Tierärztlichen Hochschule. Dem magistratischen Bezirksamt Landstrasse ist zur Kenntnis gelangt, dass auf der Tierärztlichen Hochschule Milch von kranken Kühen, die an einer Klinik der Hochschule eingestellt sind, öffentlich verkauft werde. Mit Rücksicht auf die mögliche Gefährdung der Bevölkerung durch den Genuss derartiger Milch hat das magistratische Bezirksamt sofort Erhebungen eingeleitet. Die befragten Stellen haben sich nicht einheitlich für ein Verbot des Verkaufes dieser Milch ausgesprochen. Der Magistrat ist aber doch der Meinung, dass das Verkaufsverbot zu erlassen ist. Er hat daher beim Bundesministerium für Unterricht die Einstellung des Milchverkaufes an der Tierärztlichen Hochschule beantragt. Hiefür war die Erwägung massgebend, dass trotz der verschiedenen Ansicht der Fachleute über die Fragen der Gesundheitsschädlichkeit der Milch ein Verkaufsverbot schon aus dem Grunde empfehlenswert ist, weil dadurch jede Beunruhigung der Bevölkerung und die dem Ansehen der Hochschule sicherlich nicht förderliche publizistische Erörterung am sichersten vermieden würde.

-----

Fürsorgeabgabepflicht für die Tantiemen der Verwaltungsräte. Der Magistrat hat dem Wiener Bankverein von den Bezügen der Mitglieder des Administrationsrates die Fürsorgeabgabe vorgeschrieben. Gegen diese Vorschriftung wurde beim Verwaltungsgerichtshof die Beschwerde ergriffen. Dieser hat nun die Beschwerde abgewiesen. In seiner Begründung führt der Verwaltungsgerichtshof aus, dass die Tätigkeit des Administrationsrates über eine blosse Aufsichtstätigkeit weit hinaus gehe. Sie umfasst die oberste Geschäftsführung, während die laufende Geschäftsführung von der Direktion besorgt wird. Beide üben Dienste tatsächlicher Natur aus. Die Personen des Administrationsrates sind verschieden von der Person des Unternehmers, die als juristische Person eben zur Ausführung ihrer Unternehmertätigkeit die Personen des Administrationsrates verwendet. Es kommt nicht darauf an, ob das Verhältnis zwischen beiden als ein Bevollmächtigungsvertrag oder als ein Verhältnis rein tatsächlicher Natur aufgefasst wird. Jedenfalls ist die Entlohnung (Tantiemen) dieser Personen eine Vergütung für Dienstleistungen einer fremden Arbeitskraft. Die beschwerdeführende Firma ist eine juristische Person, deren Geschäftsführungsorgane die Direktion und der Administrationsrat sind.

-----

Die Genossenschaft der Handelsleute gegen die Abgabenteilungsnovelle. Kürzlich hielt die Genossenschaft der Handelsleute Wiens unter dem Vorsitz des Kammerrates Diestler <sup>eine</sup> ausserordentlich zahlreich besuchte Sitzung ab. Auf der Tagesordnung stand unter anderem die Abgabenteilung. Dazu stellte Handelsrat Bochner folgenden Antrag: "Auf Grund der Rede des Bürgermeisters Seitz, der sagte, falls der Nationalrat eine Aenderung der Abgabenteilung beschliessen sollte, würde sich die Gemeinde zu einer Erhöhung ihrer Abgaben und Steuern veranlasst sehen, verwehrt sich die Genossenschaft, die 22.000 Handelstreibende umfasst und zu den grössten Genossenschaften Wiens gehört, auf das ganz entschiedenste gegen jede Aenderung der Abgabenteilung. Die drei Genossenschaftsvorsteher werden daher aufgefordert, mit allen politischen Parteien des Nationalrates Fühlung zu nehmen und den Standpunkt der Genossenschaft zu vertreten." Dieser Antrag wurde mit Beifall begrüsst und einstimmig angenommen.

Wien, am 30. Oktober 1928 ( Dienstag )

Das städtische Stadion.Die Praterhüttenbesitzer für den von der Gemeinde ausgewählten Platz

Dem Wiener Magistrat ist heute eine Zuschrift des Verbandes der Hüttenbesitzer im Prater zugekommen, in der mit allem Nachdruck verlangt wird, dass die Gemeinde ihr Stadion auf dem vom Gemeinderat vorgesehenen Platz errichten möge. Die Zuschrift lautet:

" Die Praterhüttenbesitzer haben es in den letzten Jahren an gewaltigen Anstrengungen keinesfalls fehlen lassen, den Prater neuzeitlich auszugestalten, ihm seine Beliebtheit und Zugkraft zu erhalten. Sehr viele neue Geschäfte sind erstanden, grosse Renovierungen wurden vorgenommen, grosse Geldopfer sind gebracht worden, um den Prater zu modernisieren.

Der Prater hat aber eine grosse Konkurrenz erhalten. Vor allem hat der Sport viele Anhänger gefunden und an Tagen, an denen grosse Fussballspiele stattfinden, hat der Prater einen ganz bedeutenden Ausfall an Besuchern. Die Wochenendbewegung lässt viele Menschen ins Freie ziehen und die Urlaubszeit und hauptsächlich das Bäderwesen beeinträchtigen den Praterbesuch auf das aller empfindlichste. Der Verband der Hüttenbesitzer macht seit langen die grössten Anstrengungen, das Publikum an den Prater zu fesseln. In der richtigen Erkenntnis, dass nur ein grosser Sportplatz den Prater den erhofften grossen Menschenstrom bringen kann, bemüht sich die Vereinigung schon seit Jahren, selbst einen solchen Sportplatz im Prater zu schaffen. Ein eigener Sportreferent wurde gewählt und ausserdem bemühen sich alle im Prater, dieses Ziel zu erreichen.

Als die Zeitungen zum ersten Mal die Notiz brachten, Wien werde ein Stadion erhalten, begrüsst wir diese Nachricht mit aufrichtigster Freude und wir bemühten uns auch, die verschiedenen Projektanten, die genannt wurden, zu bewegen, dieses Stadion im Prater zu erbauen. Es erfüllte uns aber mit der grössten Sorge, als wir erfuhren, dass für das Stadion andere Plätze als der Prater in Betracht kämen, und wir wurden von allen Praterhüttenbesitzern bestürmt, alles aufzubieten, damit das Stadion im Prater und einzig nur im Prater errichtet werde! Die Praterhüttenbesitzer ansehen in der Errichtung des Stadions im Prater die einzige Hoffnung, dass der Prater jene Besuchsziffern erreichen wird, die eine wirtschaftliche Besserung aller Hüttenbesitzer herbeiführen soll und muss. Wirte und Schausteller sind davon völlig überzeugt; es klingt daher ganz paradox, wenn eine Wiener Zeitung behauptet, die Hüttenbesitzer im Prater wären gegen die Errichtung des Stadions im Prater.

Es erübrigt sich auch noch, folgenden Punkt für sich allein sprechen zu lassen: Wenn eine Vereinigung, die dem Verbands der Praterhüttenbesitzer vollständig ferne steht, behauptet, der Prater müsste durch die Errichtung des Stadions auf Pratergründen leiden, Baumbestände müssen fallen, die gute Luft des Praters wäre dahin, das Publikum bliebe aus und so weiter, so sei darauf hingewiesen, dass nach Beendigung des Krieges an vielen Stellen der Stadt und auch in vielen Teilen des Praters grosse Baumbestände gefällt worden sind, um der Holz- und Kohlennot ein Ende zu bereiten. Niemand hat damals nach Naturschönheiten, nach sauerstoffhaltiger Luft gefragt. Um 1900 Herum wurde der ganze Teil der ehemaligen Feuerwerkswiese, heute Donaustadt, abgeholzt und ein ganz neuer Stadtteil errichtet. Kein Mensch hat sich damals um <sup>Wiesen</sup> Bäume, Wälder und Wiesen bekümmert.

Der Teil des Praters, auf dem das Stadion erbaut werden soll, hat den Prater noch sehr wenig Nutzen gebracht, bemittelt aber auf den wenigen Spaziergängen, die dort verweilen, wenig erfreuliches. Es sind dort zum grössten Teil meist versteckte und ungangbare Wege, die mehr vermieden als benützt werden, namentlich aus Angst vor lichtschauen Elementen, die fort zuweilen anzutreffen sind. Wirklich besucht sind ja nur die Hauptallee, die vordere Kriau und auch die Freudenau.

Die Verbauung gerade dieses Platzes wäre daher nicht nur für den Prater, sondern in erster Linie für viele Praterbesucher selbst von ganz besonderer Wohltat, weil durch die Applanierung dieser Gründe so mancher wertlose, sumpfige und stehende Wasseramm endgültig verschwinden möchte."

Wien, am Dienstag, den 30. Oktober 1928      Zweite Ausgabe

Das Wiener Theatergesetz. Die Landesregierung hat heute die Durchführungsverordnung zum Wiener Theatergesetz beschlossen. Die Verordnung enthält Bestimmungen über die Anmeldung von Veranstaltungen, die nicht an eine Konzession gebunden sind, über das Ansuchen um Erteilung einer Konzession, über die Durchführung des Überwachungsdienstes und über sicherheits- und feuerpolizeiliche Vorschriften im Betriebe von Theatern. Die Landesregierung hat auch die Verordnung über die Sperrstunde für die unter das Theatergesetz fallenden Veranstaltungen beschlossen. Die Sperrstunde ist für Theater, Varietes und Zirkusse, für Vorträge, Dilettantenvorstellungen und Tanzvorführungen, für sportliche Veranstaltungen und für Ausstellungen mit zwölf Uhr nachts, für Tanzunterhaltungen und Feste mit zwei Uhr nachts und schliesslich für pratermässige Volksvergügungen mit ein Uhr nachts festgesetzt. Unter das Theatergesetz fallende Veranstaltungen in einem Gast- oder Schankgewerbe müssen eine halbe Stunde vor der für dieses Gewerbe vom Landeshauptmann generell angeordneten Sperrstunde enden. Das ist also bei Veranstaltungen in Gasthäusern um halb zwölf Uhr nachts, bei Veranstaltungen in Kaffeehäusern um halb ein Uhr nachts und bei Veranstaltungen in Nachtlokalen in der Inneren Stadt um halb vier Uhr früh. Anmeldepflichtige Veranstaltungen im Freien, die geeignet sind, die Nachtruhe zu stören, haben um zehn Uhr nachts zu enden. Der Magistrat wird ermächtigt, aus Rücksichten auf die Nachbarschaft die Sperrstunde im Einzelfalle auch mit einer früheren Stunde festzusetzen, sowie aus bestimmten Anlässen (Messe, Fasching) generell oder auch in Einzelfällen ausnahmsweise eine Erstreckung der Sperrstunde zu bewilligen. Die Landesregierung hat schliesslich auch eine Verordnung über das Ausmass der Verwaltungsabgaben für die unter das Theatergesetz fallenden Angelegenheiten festgesetzt. Das Ausmass wurde derart bestimmt, dass gegenüber den derzeit zu zahlenden Abgaben überall eine Ermässigung eintritt. Die drei Verordnungen werden zugleich mit dem Wiener Theatergesetz im Landesgesetzblatt publiziert werden und gleichzeitig mit dem Gesetz in Kraft treten. Die für die Parteien wichtigsten Bestimmungen des Gesetzes und der Durchführungsverordnungen werden noch anlässlich der Kundmachung verlautbart werden.

Goldene Hochzeiter. In den letzten Tagen überreichte in Vertretung des Bürgermeisters amtsführende Stadtrat Julius Linder den Ehepaaren Hermann und Mathilde Grab, Michel und Karoline Haider, Alois und Marie Kasarir und Mathias und Anna Wagner anlässlich ihrer goldenen Hochzeit die Ehrengabe der Stadt Wien.

Freitag und Samstag mit dem Wasser sparen! Wegen dringender Erhaltungsarbeiten muss die zweite Hochquellenleitung am Freitag und Samstag neuerlich gesperrt werden. Während der Absperrung wird daher die Wasserversorgung nur aus den Zuflüssen aus der ersten Hochquellenleitung gedeckt. Deshalb ist es geboten, am Freitag und Samstag mit dem Wasser nach Tunlichkeit zu sparen. An beiden Tagen unterbleibt auch die Bespritzung der Strassen und Gartenanlagen.

Bezirksvertretung Margareten. Die nächste Sitzung der Bezirksvertretung Margareten findet kommenden Montag um 17 Uhr statt.

Entfallende Sprechstunde. Morgen Mittwoch entfällt wegen dienstlicher Verhinderung die Sprechstunde beim städtischen Finanzreferenten Stadtrat Hugo Breitner.

Übersiedlungen. Die Zentralaufnahmestelle für Tuberkulose und Kurbedürftige der Gemeinde Wien ist nach Währing, Theresiengasse 37 übersiedelt. Die Fernsprechnummer des administrativen Dienstes ist B 45-3-75 und des ärztlichen Dienstes B 45-1-60. Die Magistratsabteilung 51 (Statistik) ist nach Wien, IV., Pressgasse 24, übersiedelt. Ihre Fernsprechnummern sind A 30-3-70 und A 30-4-70.

Wien, am Mittwoch, den 31. Oktober 1928

-----

Die internationale Hoteliertagung. Bekanntlich hält dieser Tage die Alliance Internationale de l'Hotellerie Paris in Wien eine Tagung ab. Die Tagungsteilnehmer sind aus fast allen europäischen Staaten und aus vielen überseeischen Ländern zur Besprechung organisatorischer Fragen in Wien zusammengekommen. Die Gäste statteten heute unter Führung des Präsidenten der Alliance Internationale de l'Hotellerie Paris G. Barrier (Paris), des Generaldirektors Sir Francis Towle (London), des Präsidenten der belgischen Hotelorganisation Marquet (Brüssel), des Präsidenten der Hotelorganisation von Dänemark Jorgensen (Kopenhagen), des Präsidenten der spanischen Hotelorganisation Allareda (Barcelona), des Präsidenten der schweizer Hotelvereinigung Dr. Seiler (Zermatt), des Präsidenten des Zentralverbandes der Hoteliers Oesterreichs Kommerzialrat Sukföll (Baden) und des Präsidenten der Vereinigung der Wiener Hotelbesitzer Kommerzialrat Wolf dem Wiener Rathaus einen Besuch ab, wo sie im Steinernen Saal vom Bürgermeister Seitz empfangen wurden. Präsident Barrier dankte im Namen der Gäste für den herzlichen Empfang, den die Tagungsteilnehmer in Wien, der Schwesterstadt von Paris, gefunden haben. Bürgermeister Seitz hiess die Gäste in Wien herzlich willkommen. Den Hoteliers, sagte der Bürgermeister, fällt gerade in der heutigen Zeit eine besondere Aufgabe zu. Sie stehen im Dienste des Fremdenverkehrs und sind dadurch mitberufen, den Verkehr der Völker untereinander zu vermitteln und für eine Verständigung zwischen den Nationen zu wirken. An den Empfang nahmen unter anderen auch Landeshauptmann a. D. Nationalrat Sever, die Vizebürgermeister Emmerling und Hoßs, die Landtagspräsidenten Dr. Danneberg, Zimmerl und Hellmann, die amtsführenden Stadträte Breitner, Kokrda, Richter und Professor Dr. Tandler, der Präsident des Wiener Stadtschulrates Glöckl Stadtrat Rummelhardt und Generaldirektor Schneiderhahn teil.

-----

Die Gemeinde Wien und die Zehnjahrfeier der Republik. Der Wiener Gemeinderat wird anlässlich des zehnjährigen Bestandes der Republik eine Festsitzung abhalten. Sie findet am Samstag, den 10. November, um halb zwölf Uhr mittags im Sitzungssaal des Gemeinderates statt. Die Festrede hält Bürgermeister Seitz.

-----

Die Bronzegruppe im Kongresspark. Bekanntlich hat die Gemeinde Wien in unmittelbarer Nähe der Wohnhausanlage Sandleiten und des Schwimm-, Sonnen- und Luftbades Kongressplatz eine neue grosse Gartenanlage anlegen lassen. Den Haupteingang in den Park schmückt eine Kolossalbronzeplastik "Die Unbesiegbaren". Die Plastik ist eine Schöpfung der in Wien tätigen Bildhauerin Theresa Feodorowna Riess und das erste von Frauenhand geschaffene Werk, das in Wien öffentlich aufgestellt wurde. Nach der Eröffnung der Wohnhausanlage Sandleiten am nächsten Sonntag wird Bürgermeister Seitz auch den Kongresspark eröffnen; damit wird auch die Bronzeplastik der Künstlerin der Öffentlichkeit übergeben.

-----

Die "Rohö" im Wiener Rathaus. Die Reichsorganisation der Hausfrauen Oesterreichs veranstaltet für <sup>ihre</sup> Mitglieder Führungen, wobei die verschiedensten Institutionen besichtigt werden. Heute statteten gegen hundert Mitglieder der "Rohö" dem Wiener Rathaus einen Besuch ab, wo sie die Schauräume besichtigten. Die Gäste wurden im Gemeinderatssitzungssaal von Vizebürgermeister Emmerling begrüsst. Für die Reichsorganisation dankte die Präsidentin Fanny Freund-Markus für den Empfang.

-----